Freitag, den 1. September Mitgliederversammlungen

Die „Rote Fahne" zu Unrecht verboten

Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, ist dem Verlag „auf Anordnung des Innenministers" erneut die „Rote Fahne" für die Zeit vom 24. August bis einschließlich September verboten worden.

In der Beschlußbegründung heißt es: „Die Nummer vom 23. August 1922 (Morgenausgabe) verstößt gegen meine Verbotsverfügung vom 16. August 1922 (G. S. 2330) wird auf Seite 2 verschärft, daß die Revolution nicht mehr als Ziel, sondern als Tatsache, die bevorstehende Revolution wird als Tatsache hingestellt und gegen die Handlungen dieser Regierung protestiert und auf die Gesetzlichkeit ihrer Handlungen hingewiesen wollen.

Auf Seite 6 wird ausgeführt, daß es der Redaktion der „Roten Fahne" als Zentralorgan einer Arbeiterpartei durchaus fernliege, zum Zwecke der Beschimpfung einzelner Personen angegriffen . . . Bezüglich des berüchtigten Aufrufs des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale sei sich die Schriftleitung bewußt, sowohl gewußt, daß dieser Aufruf als Verstoß gegen das Gesetz zum Schutze der Republik bewertet werden würde.

Mit Rücksicht auf diese Erklärungen habe ich beschlossen, die Verbotsfrist für die „Rote Fahne" von drei Wochen auf 10 Tage herzusetzen, daß die nächste Nummer der „Roten Fahne" am 29. August d. J. erscheinen darf.

Die Beschwerde ist an den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig zur Entscheidung abzugeben. Das Schreiben ist gezeichnet: Staatssekretär Dr. Freund.

Gegen diese einwandfreie Tatsache zeigt nun die „Rote Erlaß-Hofer" mit einer wahren Verfolgungswut zu Felde. In der Nummer vom 27. August wird eine ganze Seite verwandt, um nachzuweisen, daß alles nicht wahr wäre. Man möchte gern noch so ein bißchen „Revolutionäres" gesagt haben, und prach aus diesem Grunde die ganze Beschwerdeschrift ab. Man weiß jedoch, daß die „Rote Fahne" die Unverfrorenheit besitzt, dagegen Sturm zu laufen. In derselben Beschwerdeschrift heißt es nämlich:

„Die Auslegung, daß der Angriff gegen die Sozialdemokratische Partei eine Verletzung des Gesetzes zum Schutze der Republik sei, mit der Begründung, daß Mitglieder der Sozialdemokratie Mitglieder der Reichsregierung seien, erinnert an die Auslegungsart des crimen laesae majestatis im byzantinischen Rom und in späteren Zeiten willkürlichen Absolutismus. Bei dieser Auslegung des Gesetzes zum Schutze der Republik ist die demokratische Verfassung (Art. 118 der Reichsverfassung), die jedem Deutschen — auch den oppositionellen Parteien — freie Kritik in Wort und Schrift verbürgt, außerhalben und gegenstandslos geworden.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Bezeichnung „Minister der Koalitionsregierung, noch die Arbeiterregierung" bezeichnet die Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz der Verfassung in sich trägt, da durchaus die Möglichkeit besteht, daß eine Arbeiterregierung nach Auflösung des jetzigen Reichstags auf parlamentarischem Wege zustande kommt.

Bezüglich aller einzelnen Einwendungen gegen den Aufruf der Kommunistischen Internationale vom 10. August muß darauf hingewiesen werden, daß die Redaktion gar nicht in der Lage war, einzelne Schärfen der Aufrufs zu mildern, da sie nicht berufen ist, an Aufrufen des höchsten Organs der Dritten Internationale Zensur zu üben. Es wäre für nur möglich gewesen, die Verantwortung für den gesamten Aufruf mit Rücksicht auf die in der deutschen Demokratie bestehenden Gesetze abzulehnen. Hierzu hat sich der ganze Aufruf zu seiner Verantwortung. Es hält sich durchaus im Rahmen der allgemeinen deutschen Strafgesetze."

Entweder bestätigt die „Rote Fahne" darauf, daß die deutsche Proletarier nicht lesen können, oder sie es trotzdem nicht lesen. Man sollte doch meinen: Wer den demokratischen Ministern die Wahrheit sagt, der könnte sie eigentlich auch den Proletariern sagen. Daß die „Rote Fahne" hier von einem „Mißbrauch Sozialismus" faselt, ist wirklich zu dumm, um diese verrückte Unterlassung zu bedecken. Es ist ein Schießen: ich beschwert sich bei der SPD., daß die „Rote Fahne" zu Unrecht verboten ist, und jetzt will sie mit aller Gewalt zu Unrecht verboten gewesen sein. Hätte Severing sofort diese Beschwerdeschrift und auch die beanstandeten Artikel vorher veröffentlichen lassen, so hätte er bestimmt finden müssen, daß er eine Zeitung verbietet, die die Verfassung deswegen am besten schützt, weil sie den Arbeitern vorschwatzt, daß sogar eine Revolution möglich ist „im Rahmen dieser Verfassung".

Jeden Tag ein Aufruf

Dies ist bei der KPD. in letzter Zeit üblich. Zu jedem Frühstück muß der Proletarier seinen Aufruf betommen, damit er noch weiß, daß die KPD. da ist. Am Sonnabend, den 26., wurde das deutsche Proletariat entrüstet, und am 27. das deutsche und französische. Warum soll man mit diesen Aufrufen denn so spartam umgehen? Es haben nichts, und in einem Aufruf kann man das Proletariat noch am leichtesten vertrösten, weil man da mit radikalen Phrasen die Gemeinheiten am leichtesten einhüllen kann.

In dem Aufruf vom 26. wird zu Felde gezogen gegen die „Forderungen der Gewerkschaften". Die werden als nicht „zeitgemäß" genau hingestellt. Die konterrevolutionäre Tendenz der „Forderungen" wird deswegen nicht gebrandmarkt, damit man die Proletarier nicht stutzig macht und die Parole: „Einen in die Gewerkschaften" seine Einbuße erleidet. Man fordert deshalb neue, „zeitgemäßere" Forderungen auf, die bereits hinausläuten, die demokratische Republik vor dem Bankrott zu retten. Zuletzt kommt dann der Pferdefuß. Die Arbeiterklasse wird aufgefordert, sich „nicht verführen zu lassen, damit der „Erfolg" dem deutschen Kapital nutzt, denn zum Schluß heißt es:

„Entschlossener Widerstand gegen alle Forderungen der Entente, die über die Zahlungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinausgehen und ihr die Selbstständigkeit nehmen."

Die Forderungen des Kapitals, die über die „Zahlungsfähigkeit" nicht hinausgehen, sind also ganz in Ordnung, und in Ordnung ist auch der Hunger in „normalen Schranken" — es geht eben nichts über eine „revolutionäre" Partei.

Am 27. wird zum „deutschen und französischen Proletariat" gesprochen. „Nieder Revolution als Krieg!" heißt es da. Soll wohl heißen: Ohne Krieg auch keine Revolution. Und noch den ähnlichen Schlagworten von „Kontrolle der Produktion" heißt es dann zum Schluß:

„Für die Annullierung des Versailler Friedensvertrages!
Für den generalisierten proletarischen Wiederaufbau auf Kosten der Bourgeoisie!
Gegen den Feind im eigenen Lande!
Für die Rettung der besetzten Gebiete!
Für eine wirtschaftliche und politische Verbindung zwischen Deutschland, Frankreich und Sowjetrußland!
Gegen Knechtung und Sklaverei!"

Bei der Entscheidung des nationalistischen Taumels, wenn der französische Imperialismus marschiert, haben diese Herrschaften gerade noch gefehlt. Der letzte Satz besagt denn weiter, daß die Revolution Blödsinn ist, denn wenn dies die Voraussetzung für den kommunistischen Aufruf ist, wozu denn dann einen „Kampf gegen den Sklavenstaat"? Diese Forderung mag allenfalls in Rußland einen Sinn haben, das westeuropäische Proletariat wird sich für einen solchen Kommunismus bedanken.

Wenn man bedenkt, daß Westeuropa dem Abgrund zueilt und die Klassengegensätze immer heftiger aufeinanderprallen, wenn man sieht, daß Oesterreich Proletariat durch diese Politik bereits hineingerissen ist in den Strudel und aus eigener Kraft sich nicht mehr zu erheben vermag, und man hier sieht, daß die Lage des österreichischen Proletariats nicht erwähnt, kein Wort von Revolution steht, so muß ein Blinder gestehen:

Diese 3. Internationale mit ihren Seitsprüten kann nur solange Verwirrung anrichten, solange das Proletariat die Weltschmiede des Kapitals erträgt. Wenn es sich jedoch einmal erhebt und zur Revolution schreitet, wird es eine Lebensfrage für die Revolution selbst, diese Gemeinheiten zu verhindern.

Die Wege Moskaus sind wunderbar

Der KPD. geht es wie dem Gretchen im „Faust": „Du hast mit einem heimlich an, bald kommen ihr mehre dran, und wenn dich erst ein Dutzend hat, so hat dich auch die ganze Stadt." Mit „revolutionärer Ausnutzung" des Parlaments fing es auf dem Heidelberger Kongreß an, ein Verrat an der proletarischen Revolution sagte den anderen und jetzt schon ist die „kommunistische Massenpartei" bei endgültiger Preisgabe des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse gelandet. Zwar versuchen die Angestellten Sinowjews immer noch mit „Aufrufen" einen weiteren Erfolg, die Masse durch „taktische Mätzchen" über ihre letzten Absichten zu täuschen, aber trotzdem bringt von Zeit zu Zeit irgend eine narrische „junge Dinge" ans Tageslicht, die auch den moskaugläubigsten Proleten zuzig machen müssen.

Daß die deutschen Moskauer ein warmes Herz für die Soldatenka der Ebert-Republik haben, ist nicht mehr neu: Bleibt ein einmal schon hat die Presse der KPD. für „menschenwürdige" Behandlung der Schupo-Leute plädiert. Aber der Gipfel der „Einheitsfront" will sich hier erst jetzt anbahnen. Die „Hamburger Volkszeitung", ein „linkes" KPD.-Blatt brachte dieser Tage eine längere Notiz über „Mißstände in der Hamburger Orpo". In allen Tönen wird hier anklägerisch einer Kasernenbesichtigung durch den sozialdemokratischen Polizeigewaltigen über die schlechte Verpflegung und Behandlung der grünen „Beamten" gebarmt und es gehört unbedingt zur „Einheitsfront", wenn ein „kommunistisches" Blatt seufzt: „Wenn Heinje (der sozialdemokratische Polizeigewaltige) nur einen Teil von all den Beschwerden, die ihm an diesem Tage von den Beamten vorgetragen würden, beseitigen wird, dürfte es um ein gutes Stück besser mit den Verhältnissen in der Hamburger Orpo werden, denn so, wie dieselben jetzt sind, kann es unmöglich bleiben." (B. T. 1. 8. 1922)

Das also ist der Kurs der KPD.: Während die Proleten in Hunger und Elend verkommen, muß die Sipo dick und fett werden, damit sie ihren Aufsaugen gewachsen ist, wenn die proletarische Kanalie es einmal mögen sollte, aufzugehen. Aber es kommt noch besser und so deutlich wie hier hat die KPD. wohl selten ihr wahres Gesicht gezeigt: „Ist es doch schon so weit gekommen, daß ein ganzer Teil Sammler auf Grund der miserablen Behandlung in der Orpo um Dienstentlassung ersucht haben, die ihnen aber von den Offizieren nicht gewährt wurde. Man sieht also daran, daß die Hamburger Polizeiverwaltung Mittel hat, unfähige Elemente in den Reihen der Beamtenschaft zu halten und sie wird notfalls, wenn dieses nicht mehr möglich ist, auf Elemente zurückgreifen müssen, die gerade in diesem Körper, der zum Schutze der Person und für das Volk da sein soll, und auch eine gewisse Routine im Umgang mit demselben haben muß, nicht hineingehören". (B. T. 1. 8. 1922.)

Proletarier, jetzt weißt du, warum eine „revolutionäre" Partei sich für das Wohlergehen der Sipo einsetzen muß. Sie ist „zum Schutze der Person und für das Volk da". Was geht die KPD. die fundamentale Erkenntnis des wissenschaftlichen Kommunismus an, wonach der Staat und seine bewaffnete Macht die Aufgabe haben, die Klassengegensätze im Zaum zu halten? Was geht es die KPD. an, daß die Bildung der „Demokratie" von den Berliner Januarkämpfen bis zur mitteldeutschen Mißaktion die „Person" und das „Volk" durch tausende von Proletariertreffen geschützt haben? Das alles ist vorbei, jetzt kommt die Epoche der „Einheitsfront."

Die Arbeiter der KPD. müssen mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nicht erkennen, daß sie sich in den Armen der Konterrevolution befinden, wenn sie sich nicht klar darüber werden, daß vom dritten Kongreß der Moskauer Internationale, wo Sinowjew und Trotzki die Mißaktion als „Dummheit und Verbrechen" verdammten, bis zu der Meinheit, daß die bewaffnete Staatsgewalt zum Schutz der Person und für das Volk da sein soll, eine gerade Linie führt.

Levi, Goldstein & Co.

Die hanebüchenen Verdächtigungen, die von Seiten der „Gleichgesinnten" bezw. von Such usw. gegen die KPD. ausgestreut wurden, haben manchem Genossen den Gedanken aufgedrängt: Gleich da nicht etwas ganz anderes dahinter? Und man mußte ob der geradezu humoristischen Argumentation sich manchmal fragen: Können irgendwelche Grundsätze, und mögen sie noch so allerm sein, das Ziel einer Partei, Kampfes sein, wenn der Verfund, dieses Ziel zu erreichen, begleitet ist mit einem wahren Wettefer von lügnerischen Verdächtigungen? Wir erinnern nur an die mit größter Frechheit aufgestellte Behauptung, daß die KPD. und konspirativ die Berliner Organisation im Solde Moskaus stünde.

Von den unentwegten Verleumdern ist nur ein kleines Trio übrig geblieben. Ein Teil arbeitet fleißig an der „Moskauischen Wirtschaftszeitung" und läßt sich für diese kapitalistische Propaganda auch ganz gut bezahlen. Der Rest, nämlich Levi, Goldstein dagegen hat sich erst einfammeln in der auf dem Wege nach der Radekpartei befindlichen USP. und läßt seine Belehrungen in „Unser Weg" los. In Heft 12/13 breitet er sich mit Genüßtuerei über „Einheitsfront".

Der Inhalt ist nichts Neues. Ebenso wenig wie das für uns eine Ueberraschung ist, daß Mensch weiter oder die Proletarier, die noch an den ihnen vorgesetzten Führern glauben, wo die Reise hingeht.

Wir denken gar nicht daran, diesen Herrschaften ob der Offenbarung Vorwürfe zu machen. Im Gegenteil: Wir haben nur zu wiederholen, was wir jetzt sagten: Dort sind sie gut aufgehoben; aber den Proletariern, die sie jetzt mit ihren Sippen füttern, sagen wir: Der Zuwachs, den ihr bekommt, ist keinen Schuß Pulver wert.

Ausland

Der amerikanische Streik dauert an

New York, 25. August. (E. E.)

Für den Augenblick sind alle Hoffnungen auf Beilegung des Eisenbahnerstreiks geschwunden. Die Direktionen der Gesellschaften lehnten die Vermittlungsvorschläge ab. Sie stützen sich besonders an der Forderung, daß alle jetzt Streikenden ihre früheren Posten wieder einnehmen sollen und daß sie bezüglich der Altersklasse vor den Streikbrechern Vorrechte haben sollen. Man sieht keine Möglichkeit, wie der Streik beigelegt werden könnte.

Verschärfung des Orientkonflikts

UZ. Konstantinopel, 25. August.

Am Mittwoch früh hat 200 Meilen südlich des Marmarameers die seit Tagen erwartete türkische Offensive in Kleinasien begonnen. Der erste Erfolg der nationalistischen türkischen Truppen besteht in der Eroberung der Stadt Burhanie. Die türkische Armee, die 75 000 Mann stark ist, setzt ihren Marsch gegen Smyrna fort, dessen Eroberung das Ziel ihrer Operationen ist. Die Offensive setzte, ursprünglich gegen Konstantinopel angesetzt werden. Dies wurde aber dadurch verhindert, daß englische Truppen an der Zimik-Front zusammengezogen wurden.

UZ. London, 25. August.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die kemalistische Armee zwischen Mudanja und Brusa vorrückt. Wetter und Bodenbeschaffenheit sind für die militärischen Operationen günstig. Die Ernte ist im Kampfgebiet zum größten Teil eingebracht. Die Lage der griechischen Truppen ist nicht ungefährlich, da in der letzten Zeit 10 000 Mann von der griechischen Front abgezogen und nach der Kaebatalschiko-Front verschoben sind. Die griechische Verteidigungsstellung verläuft von Tatt Schehir nach Aktum-Karahissar. In diesem Raume werden entscheidende Kämpfe erwartet.

Die Hungersnot in China

M. London, 24. August.

Die „Chicago Tribune" meldet, weiter die bereits kurz gemeldete Hungersnot in China besonders im Gebiet von Tschanschau in der Provinz Hunan, etwa 500 Kilometer südwestlich der Stadt Hankau. Hungernde Kinder haben sich Räuberbanden angeschlossen und begehen Raub und Brandstiftung. 800 bis 1000 Menschen fallen täglich in diesem Gebiet Seuchen. Die Missionare haben 600 Waisenkinder in einem Sammellager untergebracht, sind aber nicht in der Lage, wegen Mangel an Geldmitteln die Verpflegung für diese Kinder zu retten. Da der Hunger noch zunimmt, sind mehr als 6000 Kinder dem Tode verfallen, wenn nicht rasche Hilfe erfolgt wird.

Mitteilungen

An alle Ortsgruppen und Bezirke

Werte Genossen! Wir machen darauf aufmerksam, daß die KAZ. von Nr. 62 ab mit 7 Mk. pro Exemplar an den Verlag abzurechnen sind.

Parteigenossen und Leser der KAZ.! Die Katastrophenpolitik geht seinen ehernen Gang. Ihr alle wißt, daß es nur einen Ausweg gibt aus diesem Chaos und zwar nur dann, wenn sich die Arbeiterklasse ihrer Hundebemut bewußt wird, in der sie verharrt. Wie können wir das erreichen? Indem Ihr alle unterstützt Euer Organ, die „Kommunistische Arbeiterzeitung" hochhaltet und verbreitet. Wir verlangen nicht die Opfer, die dadurch manchem Genossen auferlegt werden. Aber was bedeuten diese kleinen Opfer gegenüber den großen Zielen, die wir für die arbeitende Menschheit erstreben. Genossen! Haltet Euer Organ, die einzige noch bestehende Arbeiterzeitung hoch, laßt sie nicht verstummen.

Der Verlag.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin!

Am Sonntag, den 3. September 1922, vormittags punkt 8 Uhr, treffen sich alle Jugendgenossen am Bahnhof Charlottenburg, Hauptabfahrt, mit Proviant-Rucksack. Wimpel und Plakatenge zur Agitation auf den Jugendtag.

6. und 16. Bezirk. Freitag, den 1. September 1922, gemeinsame Mitgliederversammlung, abends 8 Uhr bei Berk, Kaiserallee 32. Es ist Pflicht aller Genossen, zu erscheinen, da eine wichtige Tagesordnung vorgesehen.

Die Bezirksleiter.

7. Bezirk. In der am Freitag, den 1. September 1922, abends 7 Uhr stattfindenden wichtigen Mitglieder-Versammlung im Lokal von Krumm, Kaiserstraße 163, referiert Genosse Karsch. Sämtliche Genossen und Genossinnen erscheint, in anbetracht der wichtigen Tagesordnung zu erscheinen. Keiner darf fehlen!

Quittung.

Durch den Reichsarbeitsausschuß der KAU. an die Drlsk. überwiesen: KAU. Ludwigshafen (Rheinpfalz) 568 Mk., KAU. Braunschweig 426 Mk., KAU. Ludwigshafen 1550 Mk., KAU. Ludwigshafen 1364 Mk., KAU. Chemnitz 1. S. 333 Mk., KAU. Ludwigshafen 1461 Mk., KAU. Ludwigshafen 1158 Mk., KAU. Ludwigshafen 2766 Mk., KAU. Cuxhaven 300 Mk., S. Bobek, Prag 50 Mk. Liste 4188 verloren gemeldet. Die eine ist auch dem.

Der Kassierer. Drlsk.

Genossen! Sammelt für den Pressefonds!

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Ehers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Druck- und Kunstdruckerei Berlin S 42, Dresdnerstraße 109.

3. Jahrg. Nr. 63. Preis 7,50 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 400 20

Abonnementspreis für Groß-Berlin 70 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 60.— M. monatlich, nach dem Ausland 140.— M. monatlich.

Schlag auf Schlag

Es hat den Anschein, als möchte sich die deutsche Arbeiterklasse zur Aufgabe, alle Möglichkeiten einer Demütigung, und damit die Heranbildung als leistbändigen Faktor bis zum letzten Moment auszunutzen, in der Hoffnung, um eine Entscheidung überhaupt herumkommen. Die Dinge sind denn glücklich heute so weit gediehen, daß das Proletariat nicht nur mit dem Kleinbürgertum in Reih und Glied marschiert, sondern daß heute das deutsche Industriekapital die Situation beherrscht und die Politik der Demokraten nur noch darin besteht, das Proletariat im Interesse der „Ordnung" niederzuhalten. Dies ist heute die einzige Aufgabe der demokratischen Regierung.

Unter der Maske der „Völkerversöhnung" und des „Friedens" verbarg sich von jeher und gerade heute der Hammer, mit dem die Arbeiterklasse zu Boden geschlagen wurde. Der Leidens- und Galgentonweg des deutschen Proletariats war begleitet von den „Friedensglocken" Wilsons. Unter der Maske der „Friedensbereitschaft" und der „Verständigung" wurden Millionen dem imperialistischen Moloch überliefert. Die Sirenenklänge der Gewerkschaften und bürgerlichen Demokraten haben es abermals vermocht, daß das deutsche Proletariat sich weiter in dieser Richtung in Bewegung setzte. Das deutsche Proletariat ist heute mehr denn je die einzige Gewähr für die Politik der deutschen Schwerindustrie. Der Druck Frankreichs auf die deutsche demokratische Republik hat dieselbe jetzt bald dahin gebracht, wo die Erfüllungspolitik nach demokratischen Muster eben einsetzen muß, zu der offenen Bankerotterklärung. Das ganze Heer dieser demokratischen Schleichmörder rannte noch der Sozialdemokratie Sozialpolitik und kapitulierte in der Welt herum. Sie sollten Deutschland retten und stürzen selbst zwischen zwei Heerlagern. Zwischen der Arbeiterklasse und dem alles beherrschenden Industriekapital. Die Sitznen und Gläubiger, sie waren die einzigen Repräsentanten des noch Kredit besaßen, die aber nur um den Preis der vollständigen Versklavung der Arbeiterklasse Garantien übernehmen konnten und ihrerseits wiederum Garantien verlangten von den Gewerkschaften, das bis zum Wahlsitzbluten ausgepreßte Proletariat mit allen Mitteln niederzuhalten.

Die letzte Entscheidung der Reparationskommission kam bekanntlich auf ein „Moratorium-Ersatz". In diesem Dokument ist enthalten, welche Rolle dem deutschen Proletariat zugewiesen wird. Die Entscheidung lautet:

Die Reparationskommission, welche über das neue Stundungsgesuch vom 12. Juli 1922 Beschluß zu fassen hatte, entscheidet in der Erwägung, daß das Reich sowohl jeden inneren wie äußeren Kredit verloren hat, und daß die Mark sich fortsetzt bis auf dreitausendstel ihres Wertes entwertet hat, wie folgt:

1. Sie verschiebt die Beschlußfassung über das eingereichte Gesuch des Reichs bis zum Zeitpunkt, wo sie den Entwurf einer durchgreifenden Reform der öffentlichen Finanzen Deutschlands fertiggestellt hat. Diese soll mit sich bringen:

a) das Gleichgewicht des Budgets;

b) falls sie in der Reparationskommission vertretene Regierungen ihre vorherige Zustimmung geben, die einzige Erhöhung der äußeren Lasten Deutschlands in dem Maße, das zur Wiederherstellung seines Kredits für notwendig erachtet werden sollte;

c) die Währungsreform;

d) die Aufgabe äußerer und innerer Anleihen zwecks Befestigung der Finanzlage.

2. Um für die Vorbereitung und die Ausführung der in Ziffer 1 in Aussicht genommenen Maßnahmen die notwendige Zeit zu gewähren, wird die Reparationskommission als Bezahlung der im 15. August und 15. September 1922 fällig werdenden Barzahlungen und, sofern nicht in der Zwischenzeit andere Abmachungen getroffen sein sollten, der zwischen diesen beiden 15. Oktober und dem 15. Dezember 1922 fällig werdenden Barzahlungen — deutsche Schatzbons ansehen, welche binnen 6 Monaten in Gold zahlbar und mit Garantien ausgestattet sein sollen, hinsichtlich deren die Deutsche Regierung und die Belgische Regierung, welcher diese Zahlungen zugewiesen sind, sich zu Einvernehmen zu setzen haben, aber mangels eines entsprechenden Einvernehmens durch ein Schiedsgericht in einer neutralen Belgien genehmen Bank sicherstellen werden sollen.

Die deutsche Schwerindustrie hat Garantien für die Leistung der Sachleistungsbeträge bereits erhalten. Sie bringt für dieses „Rettungswerk" die Durchreichung des Achtstundentages und die prinzipielle Aufgabe derselben von Seiten der Gewerkschaften. Die Bergarbeiter wurden durch ein paar hundert Mark zu Ueberschichten veranlaßt. Die Industriebarone haben die „Erfüllung" selbst in die Hand genommen. Den Gewerkschaften liegt bei diesen Erfüllungswerk nur die Pflicht ob, jeden Widerstand von Seiten des Proletariats, den dasselbe einer gesteigerten Ausposaunung entgegensetzen sollte, zu brechen. Und den Demokraten liegt die Pflicht ob, ihren „Etat" in Ordnung zu bringen, d. h.: Wie das Kapital durch seine „Rettung" die Auslieferung der Arbeiterklasse verlangte, so verlangt es natürlich auch die Befreiung von allen „niederzuhaltenden" Schranken. Der Bankerott der demokratischen Republik ist noch lange nicht der Bankerott des Kapitals. Und wenn diese Regierung dies nicht will, so möge sie sich hinscheren wo der Pfeffer wächst.

„Es wäre ein verhängnisvoller Nachfall in die Vorstellung vergangener Zeiten, wollte man das Schicksal der Regierung schlechthin mit dem Schicksal der „Nation" gleichsetzen. Im Gegenteil: es ist nötig, sehr deutlich auszusprechen, daß an dem Schicksal der Nation alles, am Schicksal des augenblicklichen Kabinetts nichts gelegen ist. Es hat das Vertrauen des Auslandes nie besessen und das des Inlandes längst verloren."

Das ist die Sprache der Stinnesrede vom 1. September.

Die Kohlenkumpels, die eine verunsicherte Ausposaunung auf sich nahmen, über sie wird in dem Moment, wo die Zapfen einfach unerträglich werden und sie sich aufrichten, die ganze demokratische Meute herfallen. Denn die Art der „Wiedergutmachung" liegt in den Händen von Stinnes, und die Gewerkschaften haben die Garantie dafür übernommen. Die Regierung wirbt die Geldbeutel als Garantie für die Goldleistungen, das automatisch an dem Tage verfällt, wo die Schadbons eingelöst werden sollen. Derweile soll sie den „inneren Etat" in Ordnung bringen, das heißt: die Steuerschraube soll neben der furchtbaren Preisdatastrophe außerdem noch in Bewegung gesetzt werden, trotzdem der Zusammenbruch der Mark alle Kalkulationen jeden Tag ein paarmal über den Haufen wirft. Das schaffende und hungernde Proletariat soll jedoch alles geduldig auf sich nehmen, damit die Goldreserven der Republik — die einzige Deckung für die im Umlauf befindlichen Papierzetzen — nicht fließen gehen. Das Proletariat soll im wahrsten Sinne des Wortes in dem Moment, wo das Kapital die Arbeiterklasse zu vernichten droht, sich nicht etwa wehren, sondern es soll im Verrecken das Kapital retteln. Daß das Proletariat diese Zusammenhänge bereits noch nicht einsieht, ist wirklich kein Zeichen von Klassenbewußtsein.

Währenddessen werden in Deutschland die weißen Garden eingezogen, denn die Verhandlungen Stinnes mit der französischen Industrie dienen von beiden Seiten nicht der Stabilisierung der demokratischen Republik, sondern der Vorbereitung des Bankerotts. Während die Demokratenregierung schon die Hungerrevolten blutig niederschlägt, arbeitet das deutsche Kapital gemeinsam mit dem französischen an der Aufrichtung eines Riesenkonzerns. Während das deutsche Proletariat sein „Vaterland" retten will, tun dieselben, die das Vaterland schon längst in der Tasche haben, mit dem „Erzfeind" zusammen. Das deutsche Proletariat bildet eine Einheitsfront mit Stinnes, und dadurch mit dem Weltkapital, und belangt sich noch darüber, daß das Weltproletariat ihm nicht die nötige Sympathie erweist. Das deutsche Proletariat hat vier lange Jahre mit einem wahren Heldenmut den Sozialismus mit den Kommißstiefeln in Grund und Boden gestampft und sich noch darüber beklagt, daß es nicht „verstanden" wurde. Es wundert sich auch heute, daß es nicht „verstanden" wird.

Das Kapital steht keinen Ausweg — aber es sieht einen Weg. Der Weg des Kapitals ist: die Katastrophe, die es selbst heraufbeschwört mit voller Wucht auf das Proletariat werfen zu lassen, um es zu vernichten. Die Arbeiterklasse kämpft unter dem Kommando seiner Gewerkschaften auf demselben „Erfolg" gegen die Katastrophe, wie gegen den Krieg. Es steht bereits mitten drinn und merkt es nicht einmal. Das Kapital feuert Salve auf Salve ab, drängt die Arbeiterklasse Schlag auf Schlag dem Abgrund zu, und das Proletariat hält unter dem Kommando von ein paar Betriebsräten einen schönen Spießgesellen auf.

Die kommenden Ereignisse werden jedoch auch dem deutschen Proletariat beweisen, daß es seine historische Aufgabe: die proletarische Revolution, nur bei Strafe seines Untergangs verleugnen darf.

Der Kampf um Deutsch-Oesterreich

Durch den Frieden von St. Germain ist das alte Oesterreich aufgelöst worden. Schon das Kaiserreich hatte dauernd mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die österreichische Krone gehörte schon damals zu den notleidendsten Devisen. Die k. und k. Monarchie war weder politisch noch wirtschaftlich haltbar. Die einzelnen aus den nationalen Verbänden gewaltsam losgerissenen Teile streben nach einer Vereinigung mit ihren Stammesbrüdern. Dazu kam die panslawistische Propaganda — der russische Imperialismus, der sich durch Angliederung zu vergrößern suchte. Er fand dabei die Unterstützung des französischen Kapitals. Die Auflösung Oesterreichs gehörte mit zu den imperialistischen Zielen der Entente. Durch das Ausscheiden Rußlands infolge der bolschewistischen Revolution erfolgte die Teilung unter fast ausschließlicher Berücksichtigung der französischen Interessen. Die teilweise Aufteilung von Tirol an Italien fällt dabei nicht ins Gewicht.

Das französische Kapital war hauptsächlich von dem Gedanken beherrscht, einen mitteleuropäischen Block ein für allemal unmöglich zu machen. Es war sich dabei klar, daß dazu notwendig war, ein möglichst kleines deutschsprachliches Wirtschaftsgebiet zu schaffen. Es mußten bedacht in die Nachfolgestaaten deutsche Minderheiten einverleibt werden und die wirtschaftliche Existenz des deutschen Restgebietes auf eine so schmale Basis gestellt werden, daß es zu jeder eine selbständigen Politik unfähig war. Doch dieses Ziel ist bewußt war, geht schon daraus hervor, daß die Entente bei im Frieden von St. Germain zu einer erheblichen Kreditgewährung an Deutsch-Oesterreich verpflichtet. Der Aufbau an das deutsche Wirtschaftsgebiet sollte vor allen Dingen unterbunden werden. Dazu dienten einmal die bekannten Verbote von Krediten durch Frankreich, denen auch die vom französischen Kapital geführten Wirtschaftskreise mit der Tschechoslowakei. Die Nachfolgestaaten und die übrigen Mitglieder der kleinen Entente sollten einen französischen Schutzwall um Deutsch-Oesterreich ziehen, der dieses Gebiet im Falle eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs auffangen sollte. Durch diese Aussicht und durch die Furcht vor einer Erstarkung Deutschlands gerieten die kleine Entente völlig in das Schlepptau der französischen Politik. Es war von vornherein das Ziel des französischen Kapitals, Deutsch-Oesterreich allmählich von der europäischen Landkarte verschwinden zu lassen. Dies konnte nur auf wirtschaftlichem Wege erfolgen; gewaltsam ließ sich dieser Plan wegen der Interessengegensätze des italienischen und englischen Kapitals nicht durchführen. Die Entwicklung der Krone wurde im Dampfeseile vorgenommen. Es kam nur darauf an, im geeigneten Moment möglichst unauffällig die Konkursmasse zu verwerten. Man dachte dies schließlich scheinbar durchführen zu können, indem man vorsichtig den Nachfolgestaaten „als den besten Kennern der österreichischen Verhältnisse" das Mandat zur Verwaltung zu übertragen. Das französische Kapital hatte bisher die Rechnung ohne die österreichische Bourgeoisie gemacht. Diese hatte absolut keine Lust, sich so langsam und klanglos vom französischen Imperialismus verschlingen zu lassen. Sie wollte Versicherung an den Meistbietenden. Deshalb schickte sie den Bundeskanzler Dr. Seipel nach Prag, Berlin und Rom mit der Aufgabe, für die Auktion den Preis in die Höhe zu treiben.

Der Erfolg blieb auch nicht aus, denn bankerotten Oesterreich wurden auf einmal von der kleinen Entente und Italien Kredite in beträchtlicher Höhe angeboten. Die Reise nach Berlin war zur eine Verbeugung vor dem allbeliebten Gebanden und sollte nur einem Druck durch Prahlerei mit dem Anschluß an Deutschland hervorrufen. Man spielte eben alle Schwerpunkte aus.

Die Kredite sollen der finanziellen und wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutsch-Oesterreichs dienen. Wenn man wundert sich, erst rutscht die Entente das Land und dann will es alle Mittel aufwenden, um dasselbe Land wieder wirtschaftlich gesunden zu lassen. Es ist dies nur der alte Wucherkrieg. Die Kredite sind die hohen Scharfsteinhypotheken, die dem Schuldner den Rest geben sollen. Der Wucherer weiß, daß der Schuldner aufgeschmissen ist, die Zinsen zu bezahlen und ihnen dem ersten Verfallstermin Hand und Fuß für ein Butterbrot lassen muß. Das Kapital hat die Kredite in das Rennen kurz vor dem Ziele. Man beteiligt sich, um als erster die letzte Hürde zu nehmen.

Wenn auch Deutsch-Oesterreich als selbstständiges Wirtschaftsgebiet keinen Wert hat, so könnte die Entente-Leitung in ein anderes Wirtschaftsgebiet eine erhebliche Stärkung bedeuten bedeuten können. Es gelang denn Deutsch-Oesterreich vorläufig nicht. Der Aufbau an das deutsche Wirtschaftsgebiet sollte vor allen Dingen unterbunden werden. Dazu dienten einmal die bekannten Verbote von Krediten durch Frankreich, denen auch die vom französischen Kapital geführten Wirtschaftskreise mit der Tschechoslowakei. Die Nachfolgestaaten und die übrigen Mitglieder der kleinen Entente sollten einen französischen Schutzwall um Deutsch-Oesterreich ziehen, der dieses Gebiet im Falle eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs auffangen sollte. Durch diese Aussicht und durch die Furcht vor einer Erstarkung Deutschlands gerieten die kleine Entente völlig in das Schlepptau der französischen Politik. Es war von vornherein das Ziel des französischen Kapitals, Deutsch-Oesterreich allmählich von der europäischen Landkarte verschwinden zu lassen. Dies konnte nur auf wirtschaftlichem Wege erfolgen; gewaltsam ließ sich dieser Plan wegen der Interessengegensätze des italienischen und englischen Kapitals nicht durchführen. Die Entwicklung der Krone wurde im Dampfeseile vorgenommen. Es kam nur darauf an, im geeigneten Moment möglichst unauffällig die Konkursmasse zu verwerten. Man dachte dies schließlich scheinbar durchführen zu können, indem man vorsichtig den Nachfolgestaaten „als den besten Kennern der österreichischen Verhältnisse" das Mandat zur Verwaltung zu übertragen. Das französische Kapital hatte bisher die Rechnung ohne die österreichische Bourgeoisie gemacht. Diese hatte absolut keine Lust, sich so lang

dadurch ihre Stellung innerhalb des Trustes zu stärken. Durch die Konkurrenz der beiden Gruppen wird der wirtschaftlich zusammengebrochene Outsider noch zu einer Macht, aber dies ändert nichts an der Tatsache, daß es ein für alle mal erledigt ist. Die Aktionäre haben nur die Möglichkeit, ihre Aktien über den Kurs zu verkaufen.

Die beiden Interessenten sind das französische und das italienische Kapital. Das französische Kapital hat einen weiten Blick für imperialistische Möglichkeiten, besser eine glänzende imperialistische Phantasie, die sich seit Napoleon nicht gerade verschlechtert hat. Da es selbst sehr weite Pläne hat, traut es sie den andern auch zu. So erklärt es in dem Angebot der Unterstützung Deutsch-Oesterreichs durch das italienische Kapital die Möglichkeit einer direkten Verbindung Italiens mit Deutschland durch die Oesterreichische Brücke und damit die Sicherung seiner Alleinherrschaft auf dem Kontinent. Es weiß, daß das italienische Kapital Hand in Hand mit England arbeitet und auch arbeiten muß, da seine Betätigung und Erweiterung nur im Kampf gegen das französische Kapital durchgeführt werden kann. In Europa — am Mittelmeer und in der Türkei, in Afrika und Asien (nicht das französische Kapital Italien zu verdrängen, dazu kommt noch die völlige Beherrschung der italienischen Kräfte durch die englische Mittelmeerflotte und die unumgängliche Notwendigkeit der Versorgung mit englischer Kohle in die italienische Industrie. Das englische Kapital muß im Gebiet des Mittelmeeres, da es dasselbe nur indirekt beherrscht, Bundesgenossen suchen, während das französische nach Alleinherrschaft und daher Unterjochung des italienischen und spanischen Kapitals trachtet. Es hat vor allem ein Interesse daran, der die jetzt völlig brennungslosen französischen Militärmacht Grenzen zu stecken.

Durch den Anschluß von Deutsch-Oesterreich an Italien hat es die Möglichkeit, durch Rhein-Main-Donau eine verbindende Wasserstraße zwischen Nordsee und Schwarzem Meer zu schaffen. Dies ist für ungeheuer wichtig, da es dadurch die bisherige Abhängigkeit der kleinen Entente vom französischen Kapital sprengen kann. Es hat so die Gegenzahl, seinen Einfluß über Italien und Deutsch-Oesterreich und die mittlere Donau vorzuschieben. Diese neue Verbindung kann zu einem Hauptriegel durch ganz Europa gegen ein französisches Vordringen nach Osten zu werden. Diese kühne Kombination macht das französische Kapital nervös, da es dadurch seine europäische Hegemonie bedroht sieht. Obwohl das englische Kapital weiß, daß die Verwirklichung dieser Idee noch in weiter Ferne liegt, benutzt es doch die Situation, um einen Druck auf Frankreich auszuüben. Es gibt nicht nur seinen Segen zum Vorgehen Italiens, sondern treibt es voran.

Die Besprechungen des italienischen Außenministers Lehmann und des Bundeskanzlers Seipel sind schon weit gediehen. Während die Alliierten noch auf der Londoner Konferenz erklärten, zu einer Kreditaktion außerstande zu sein, bietet Italien jetzt 70 Millionen Lire an. Es kann dies nur mit Zustimmung seines englischen Gläubigers.

Die österreichische Bourgeoisie verlangt außerdem Zoll- und Münzunion und daß Italien vor dem Völkerbund für die Wahrung der österreichischen Selbständigkeit eintreten soll. Zoll und Münzunion bedeutet wirtschaftliche Einverleibung. Die österreichische Krone wird zum Lire und sich durch dessen im Verhältnis hohen Wert gesundstoßen. Besonders stark wird die Anschlußbewegung an Italien in Tirol betreiben, das von einem Zusammengehen mit Jugoslawien, Tschechoslowakei nichts wissen will. Die falschen Welschen, die Erbfeinde Tirols besitzen jetzt eine ungeheure Popularität. Tirol

Der Sozialismus als Ware

IV. (Schluß)

Aber zum Wesen der Warenzirkulation gehört nicht nur das Bedürfnis, den Markt vor etwaigen Erschütterungen sicherzustellen, es gilt auch, ihn zu bereichern, den Konkurrenten zu überwinden: nicht nur durch bessere Ware und billigere Preise, sondern auch durch Hervorhebung seiner Wertgestaltung seiner Artikel. Der Handelsverkehr gibt dieser Tendenz einen ausgeprägten Ausdruck in den Warenhäusern. Das Prinzip des Warenhauses ist: nicht nur billig verkaufen, sondern auch alles verkaufen. Die Konkurrenz darf gar nichts bleiben können, was man nicht auch feinerstes auf Lager hat. Keine Monopolartikel! Der ganze Bedarf vor der Automobilkutsche bis zum Blumenkörbchen soll bei einer Firma gedeckt werden können, wird zur Idealmarine des Warenhauses. Diese Maxime liegt auch der Tätigkeit jener Versicherungsgesellschaften zugrunde, die Lohnarbeiter geworden sind. Auch für sie ist es desto leichter, ihre Ware zu verkaufen, je weniger zahlreich die Bezugsquellen für sie sind, je seltener die Gefahr, daß der Käufer von der Konkurrenz abgefangen wird, kurz, je mehr es gelingt, eine Art Warenhaus für Zibeu'ghter in größter Quantität und für jede Geschmacksrichtung zu begründen. Der theoretische Inhalt des wissenschaftlichen Sozialismus wurde bedeutend aufs stärkste betroffen. Namentlich jene Sucht, ihn mit allen möglichen andern geistigen Erzeugnissen zusammenzukoppeln, die besonders zu Anfang dieses Jahrhunderts grassierte, liefert einen sicheren Beweis für die Wirkungen, die der Warencharakter des Sozialismus auf dessen Integrität (Reinheit) ausüben kann, sofern man sich ihm willen- und widerstandslos hingibt. Wie der Parlamentarismus unter gewissen Bedingungen in Kretinismus ausartet, so wird auch der Sozialismus im Augenblick seiner Gleichberechtigung auf dem Warenmarkt der Idee von einem bizarrigen Tummel ergreifen, daß die einzige Möglichkeit eines Entrinnens nur in der vollständigen Erkenntnis der veränderten Bedingungen besteht, unter denen die sozialistische Kopfarbeit transhalb des Kapitalismus sich vollziehen muß. Nur dies ermöglicht es, den inneren Sinn der eben erwähnten Zusammenkoppelungsversuche zu erfassen. Welcher Zwangang lag ihnen — bewußt oder unbewußt — zugrunde?

Nun, handelspolitisch, wie man heutzutage zu sagen pflegt, ist das Geheimnis sehr durchsichtig. Man erwägte offenbar folgendes: Marx ist gut, aber daneben gibt es doch noch manches andere Schöne. Soll, wer damit vorlieb nimmt, der Konkurrenz Abtrünnen werden? Mit nichten! Und somit wurden alle Schleusen aufgemacht.

Kant, Nietzsche, Avenarius und andere — alle wurden aufgrabend „verarbeitet". Dieser neue Marxismus hat gewissermaßen alles auf Lager und kann es geradezu nicht dulden, daß sich bei den übrigen Lieferanten etwas findet, das „rar" nicht könnten ebenso gut herstellen. Daher die Sucht, alle Modeströmungen des bürgerlichen Geistesledens mitzumachen, sie auszunützen, aus ihnen Kapital zu schlagen. Man hat das oft als ein psychologisches Phänomen betrachtet und sich gewundert, wie es möglich sei, daß anscheinend geschulte Leute vollkommen wahllos alle möglichen Metalle zusammenlöten wollen. Aber man hat das Problem falsch gestellt: nicht eine psychologische, sondern eine ökonomische Erscheinung kommt dabei in Betracht. Und als solche deckt sich eben der Warencharakter des heutigen Geistesledens aus. Die bona fides (handeln im guten Glauben) der Kaufleute in allen Ehren! Sicherlich gibt es unter ihnen manchen, der sich dessen bewußt ist, daß er ein Geschäft entdeckt zu haben. Aber das ändert an der eigentlichen Sachlage gar nichts. Auch mancher Dichter und Denker gibt es, der sich im Dienste der hohen Kunst oder der reinen Wahrheit wähnt, der aber nichts anderes als Lohnarbeiter der Bourgeoisie ist. Das klingt allerdings „grob materialistisch" und zarte Seelen, namentlich solche, die gern täuschen und sich täuschen lassen — mögen derartige Behauptungen ganz unmaterialistisch finden. Aber auch ihr Geschrei ist Lohnarbeit.

V.

Dies in großen Zügen die Entwicklung des Sozialismus in den letzten Jahrzehnten. Sie ist notwendig, und nur in dieser ihrer Notwendigkeit zu bedauern. Nichts ist billiger, als sie ablehnen zu wollen, ihre Wirkungen der absoluten Vollkommenheiten zu verneinen. Aber eine derartige stete Verneinung würde dem Verhalten einiger Moralisten zur modernen Entwicklung überhaupt gleichen. Es genügt, die Namen von William Morris und Thomas Carlyle zu nennen, um diese ganze Betrachtungsweise der Dinge zu kennzeichnen. Es wird eine abstrakte, kleinbürgerliche Manier, die Wirklichkeit einfach zu verleugnen, ohne auf sie weiter einzugehen, ohne ihre Triebkräfte verstehen zu wollen. Man weigerte sich, sie „anzunehmen" — und kümmerte sich nicht mehr um sie. Es war die erste, ungeschickte Auflehnung des Geistes gegen die Ware, den ersten Aufständen der Arbeit gegen das Kapital vergleichbar; die sich in der Zerstörung von Maschinen äußerten. Auch jene Generation prophetischer Besserwisser merkte den Trotzel, wußte aber nicht, wie man ihn loswerden kann, und sagte deshalb zu allen seinen Anschauungen: „Hebe dich hinweg, Satan! Aber im Reiche der Geschichte heißt es nicht verneinen, sondern widerlegen, nicht sich aufstehen, sondern sich aufheben, wie der tiefe und sinnreiche Ausdruck Hegels lautet. Nur jene Kraft kann das schlechte vom guten unterscheiden, die ihm Wesensverwandtschaft mit dem Guten erkannt und begriffen hat, da nur durch diese innere Verwandtschaft die Möglichkeit gegeben ist, dem Bösen das Handwerk zu legen.

So ist man auch gegen einige Aberten des modernen Sozialismus zu Felde gezogen, ohne ihre Daseinsberechtigung tiefer zu erfassen. Man kämpfte gegen Worte dort, wo man die Sache angreifen mußte, und schob die Schuld dem Denken in die Schuhe dort, wo das Sein der eigentlichen Uebeltäter war.

Aber das Sein hat für die üblen Taten, die es vollbringt, sogleich auch das Gegengift bei der Hand. Und so muß man dann anstatt einer unfruchtbaren Debatte über die rein theoretischen Verschlangen des Sozialismus gefragt werden: worin mündet jene Entwicklung, die ihn als eine Ware auf den Markt gemorfen hat?

Die Idee ist eine gar merkwürdige Ware. Man kauft und verkauft sie; man beginnt mit ihr ganz reelle Geschäfte zu machen — bis man plötzlich merkt, daß man ein ganz anderes Ding a's zuvor in Händen hat. Manchem geht es hierbei wie dem biederen Bauersmann, der ein feuriges Roß zu kaufen glaubte, dieweilen er eine armselige Schindmähre nach Hause brachte. Denn auf der Jagd nach dem Tauschwert verliert die Idee ihren Gebrauchswert. Es ist dieselbe Dialektik der Verdeftigkeit, die die japanischen Mädchen veranlaßt, durch außerehelichen Geschlechtsverkehr sich die zur Gründung des ehelichen Glücks notwendigen Mittel zu verschaffen. Auch die Idee wird auf dem Markte zum Allerweltsmädchen, verliert ihre ursprüngliche Frische und verpfändet ihren Daseinszweck.

Wenn das überhaupt von Ideen, die Waren geworden sind gilt, um wieviel mehr vom Sozialismus, der doch unter den Waren eine ganz eigenartige Idee ist. Er verneint so die ganze auf den Warenverkehr gegründete Gesellschaftsordnung und will eben den Warencharakter der Güter aufheben. Man kann sich also leicht vorstellen, welche Opfer er bringen muß, um auf dem Markte zur Geltung zu kommen. Auf Ruhm, Ehre, Reichtum und Schätze zu Wahnzwecken, sowie für Kinder und Gleichgesinnte verzichtet sowohl der Sozialist.

Die Betriebsrätekonferenz ist sich bewußt, daß keine dieser Maßnahmen durchgeführt werden kann, ohne daß die Arbeiter durch ihre Organe sie ins Leben rufen.

Die Betriebsrätekonferenz ruft deshalb allen Arbeitern zu:

Bildet Kontrollausschüsse,

die die Preise regulieren, die Produktion überwachen, die das ganze Wirtschaftsleben des Reiches kontrollieren!

Durchsetzt durch Eure Betriebsräte das Recht u. Gesetzlichgebehmnis bringt mit Eurem Organe ein in den Apparat der Stadtverwaltungen und der Länder;

Überwacht mit Eurem Apparat die Beschlagnahme und die Verteilung aller Lebensmittel, Kleidungsstücke, Textil- und Lederwaren, Kohlen, Wohnungen!

Überwacht durch Eure Eisenbahnbetriebsräte alles, was in die Städte geschafft wird;

Legt die Luxusproduktion lahm und schließt die Luxusgeschäfte, wo auf Eure Kosten geschlemmt und gespielt wird!

Die Proletarier können auf diesen Abschnitt nur eine Antwort geben, das ist die: die Akrobaten müssen gefragt werden, wie sie sich das „Kontrollieren" und „Durchdrücken" und „Beschlagnahmen" eigentlich vorstellen. Revolution darf doch nicht gemacht werden, sonst stünde das doch dabei. Den höchste Bedeutung für den Augenblick dem französischen Kapital bedeutend mächtiger, da es eine Stärkung des englischen Einflusses in Mitteleuropa für bedeutend geschwächter hält als ein Nachlassen des Druckes auf Deutschland. Außerdem schweben noch die Verhandlungen zwischen Stinnes und den französischen Metallinteressenten wegen eines wirtschaftlichen kontinentalen Zusammengehens. Durch eine Übereinkommen der beiden schwerindustriellen Gruppen könnte das französische Ziel der Niederringung des englischen Kapitals vom europäischen Kontinent erreicht werden und dann würde auch die Wirkung eines Abkommens von Deutsch-Oesterreich an Italien auf die französische Vormachtstellung fortfallen. Das französische Kapital fürchtet den geplanten Anschluß umsomehr, als bekanntlich auch seine Kapitalanlagen in der kleinen Entente außerordentlich gefährdet würden. Für die Tschechoslowakei würde die Durchführung geradezu lebensgefährlich sein. Unter diesen Umständen mußte die Offensive des französischen Kapitals erlahmen. Daher kommt die erkünstelte Ruhe des englischen Kapitals in den letzten Wochen, während das französische Kapital (Poincaré) eine unglaubliche Propaganda entfaltete. Die Zeichnen der deutschen Mark ist mit auf diesen Umstand zurückzuführen.

Aus diesen Gründen wird es jetzt noch nicht zu einer Entscheidung des Österr. Problems kommen, trotzdem die wirtschaftliche Lage unglaublich verzweifelt ist. Allein die Zahlungen an die Staatsangestellten auf Grund des Zindergesetzes belaufen sich auf Grund der neuen Entwertung der Krone auf ca. 600 Billionen Kronen jährlich. Diese Summe soll von 6,5 Millionen Menschen ausgebracht werden. Die Teuerung ist gewaltig, die meisten Großbetriebe feiern. Die 15 Millionen Pfund Sterling, die nach Genfe, dem Vorsitzenden der Österr. Reparationskommission zum Wiederaufbau der Österr. Wirtschaft notwendig sind, werden nicht aufgebracht, bevor nicht die Entscheidung im Sinne einer Kapitalsgruppe gefallen ist. Die ungeheure Bedrängnis des Österr. Proletariats ist bei der Entscheidung sehr wenig zu wenig beachtet worden. Es hängt davon sehr stark das Tempo der revolutionären Bewegung ab, da die Verzögerung in der deutschen Bankrotterklärung damit in engem Zusammenhange steht. Der Zusammenbruch ist schon da, es fehlt nur noch die offizielle Erklärung. Man hatte nie für möglich gehalten, daß sich ein Volk bei einem derartigen Stand, wie ihn die Österr. Krone aufweist, so lange ruhig verhalten und ausdauern kann. Manche Rassen sterben leicht und bis ist nur dann der Fall, wenn die in der Arbeiterschaft schlummernden Lebenskräfte und ihre Betätigung niedergehalten werden können. Die Österr. Sozialdemokratie hat dies in vorbildlicher Weise vollbracht. Die deutschen Gewerkschaften eifern ihr nach. Es wird unsere Aufgabe sein, dieser Entwicklung mit allen Kräften entgegenzuwirken und diese Kräfte in Proletariat zu entfesseln.

Im Namen der Unternehmer

Die Metallarbeiter erhalten jetzt wieder Zulage, auch eine Zulage zur Arbeitszeit. In der Funktionärversammlung hat sich klärlich, der sie zu operieren hatte, folgendes Gebet gesprochen: Ich bin beauftragt, im Namen der Unternehmer Ihnen zu erklären, daß Ihre Kollegen im Reich überall 48 Stunden arbeiten. Zur Festigung der Mark wäre es unbedingt erforderlich, daß die Arbeiter mehr für den Krieg eingestellt wird, denn nur dadurch könnte die deutsche Wirtschaft gerettet werden.

Die Metallarbeiter, die dem V. d. M. A. nicht angehören sind, haben sich gegen die 48stündige Arbeitszeit entschieden, was der Vorsitzende „schwerwiegend" nennt. Es kommt schon so. Man bricht im Auftrage der Unternehmerseine eigene Meinung aus. Die Begründung sagt wirklich genug.

Die Versklavung des Proletariats durch die Gewerkschaften

Zigeunerradikalismus

Zum „Betriebsrätekongreß"

Am 30. August 1922 war es, da waren in Berlin die Betriebsräte versammelt unter dem Kommando der KPD. Der Grund dieses Ereignisses war die Teurung, und der Zweck dieses Kongresses war die „Bekämpfung der Teurung". Und wie die Berliner Betriebsräte sich „bekämpfen der Teurung" vorstellen, das steht in der „Roten Fahne" vom 31. August. Das einzige Gefühl, das man für eine solche Körperschaft aufbringen kann, das ist — Gott sei gelobt! — Mitleid.

Diese Betriebsräte sind in erster Linie ganz furchtbar gegen ihre „Klassenkampforganisationen" zu Felde gezogen, und haben dieselben in Grund und Boden verdammt. Warum, das haben diese Betriebsräte in einer Resolution ausgesprochen, in der die betreffende Stelle lautet:

„Da am 30. August versammelten Betriebsräte von Groß-Berlin erklären mit aller Deutlichkeit, daß den Gewerkschaften als den Klassenorganisationen des Proletariats die Pflicht obliegt, Lohnerhöhungen in der Übereinstimmung der Arbeiterklasse tatkräftig einzusetzen und durchzusetzen ohne Rücksicht auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu nehmen."

Die Gewerkschaften erfüllen heute diese Aufgabe nicht mehr, weil sie auf die bürgerlich-kapitalistische Koalitionsregierung, die nur im Interesse des Geldsacks regiert, so große Rücksicht nehmen und der Kapitalistenklasse nicht rücksichtslosen Kampf ansagen."

An einer anderen Stelle in dem von den Betriebsräten herausgelassenen Aufruf heißt es außerdem noch:

„Sie verlangen hier zu dem mit Stinnes und Stöcker, außerhalb der Arbeiter selbst außerhalb zum Kampf, die die Schaffung der Sachwerte, empfehlen sie der Regierung, den Arbeitern auch die letzten Genußmittel, Bier, Kaffee, Tabak zu entziehen, verschlechtern sie, dem Proletariat noch höhere Steuern aufzuerlegen.

Arbeiter Deutschlands!

Das völlige Versagen der Gewerkschaftsführer zwingt die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe.

Und nachdem diese Betriebsräte den konterrevolutionären Charakter der Gewerkschaften ins richtige Licht gerückt hatten und die Proletarier zur Selbsthilfe aufforderten, haben sie sich, wie es sie nun schon einmal bei der „Entlarvung" waren, sich selbst in derselben Resolution folgendermaßen entlarvt:

„An die gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter wendet sich die Vollversammlung der Berliner Betriebsräte mit der dringenden Aufforderung, nicht länger untätig und verdrossen beiseite zu stehen, sich nicht länger vor der Beitragszahlung zu drücken, vielmehr sofort in die Gewerkschaften einzutreten und den Kampf gegen die organisierten Klassenorganisationen auf Revolutionierung der Gewerkschaften zu unterstützen. Die anwesenden Betriebsräte verpflichten sich, mit Anspannung aller Kräfte in dieser Richtung zu wirken."

Der wirklich nicht sehr geistreiche Witz, daß ein richtiger Revolutionär aus seinem Idealismus einer konterrevolutionären Organisation gegenüber sich nicht von der Beitragszahlung drücken soll, wird angesichts der geistigen Verfassung solcher Leute wohl auch die letzten Reste eines Witzes verlieren. Die stehen jene Radikalinnerte in außerkommunistischen Hemdsärmeln und toben über die Gewerkschaften. Haben dieselben ein zu einem „Kongreß" gerufen, die selbst haben keine Zeit, sondern tun das, was in der obigen Resolution steht, und wecken jeden hinaus aus dem Tempel, der nicht parteitreu. Um so den treuen Gewerkschaftsmitgliedern recht deutlich zum Ausdruck zu bringen, verpflichtet man sich recht deutlich, gemeinsam mit der Konterrevolution revolutionäre Proletarier aus den Betrieben zu entfernen „mit Anspannung aller Kräfte". Wenn Lächerlichkeit tödlich wirken könnte, dann wäre ganz sicher Keiner lebendig aus dem Saal gekommen.

Nachdem diese Betriebsräte gehörig auf die Gewerkschaften geschimpft und zu gleicher Zeit ihre Zutreibverbindlichkeit als Entschuldigung angeführt haben, sind sie dann zur „Tat" geschritten. Daß dieser „Betriebsrätekongreß" seinen Bankrott erklären wird, und ein „Reichsbetriebsrätekongreß" gefordert wird, sind ja schon tage zuvor in der „Roten Fahne", kunde also keine Ueberraschung mehr sein. In einem Aufruf kommt dann zum Ausdruck, wie die „Teurung" zu bekämpfen sei. Es heißt da:

Die Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins wendet sich an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands mit den folgenden Vorschlägen zur Einleitung des Kampfes und zur Verhütung einer einheitlichen Kampffront gegen die Verelendung der Arbeiterklasse.

1. Der Kampf um die Erhöhung der Löhne auf eine zur Existenz völlig ausreichende Höhe muß von allen Industrien einheitlich und zentral geführt werden.

2. Ohne die Regulierung der Preise durch die Arbeiterschaft selbst wird keine Lohnerhöhung den Arbeitern nützen.

Aber ohne Kontrolle der Produktion können die Preise nicht reguliert werden.

3. Ohne vernünftige Verteilung werden die vorhandenen Bestände an Lebensmitteln, Kleidung und Kohlen von Schiebern und Wucherern beiseite gebracht werden.

Die Kontrolle der Verteilung ist deshalb eine Notwendigkeit für die Arbeiterschaft.

4. Um der Wohnungsnot zu steuern, müssen alle Luxuswohnungen, Luxushotels und Schlösser zu Wohnzwecken, sowie für Kinder und Gebrechliche Erholungsheime eingerichtet werden.

Die Betriebsrätekonferenz ruft deshalb allen Arbeitern zu:

Bildet Kontrollausschüsse,

die die Preise regulieren, die Produktion überwachen, die das ganze Wirtschaftsleben des Reiches kontrollieren!

Durchsetzt durch Eure Betriebsräte das Recht u. Gesetzlichgebehmnis bringt mit Eurem Organe ein in den Apparat der Stadtverwaltungen und der Länder;

Überwacht mit Eurem Apparat die Beschlagnahme und die Verteilung aller Lebensmittel, Kleidungsstücke, Textil- und Lederwaren, Kohlen, Wohnungen!

Überwacht durch Eure Eisenbahnbetriebsräte alles, was in die Städte geschafft wird;

Legt die Luxusproduktion lahm und schließt die Luxusgeschäfte, wo auf Eure Kosten geschlemmt und gespielt wird!

Die Proletarier können auf diesen Abschnitt nur eine Antwort geben, das ist die: die Akrobaten müssen gefragt werden, wie sie sich das „Kontrollieren" und „Durchdrücken" und „Beschlagnahmen" eigentlich vorstellen. Revolution darf doch nicht gemacht werden, sonst stünde das doch dabei. Den Höhepunkt bildet die Lahmlegung der „Luxusproduktion." Sehr einfach: Die Proletarier brauchen ja nur nach Hause gehen, dann wäre die Sache eigentlich erledigt. Diese Herrn Betriebsräte „kontrollieren" schon Jahr und Tag. Ueberall, auch in den Banken sind sie in großer Anzahl vertreten und fordern nun die Kontrolle durch andere „Organe." Man soll doch diesen ganzen „Betriebsrätekongreß" in „Kontrollausschüsse" einleiten, um „gründlich" zu verleben und zu kontrollieren, dann ist doch der Betriebsrätekongreß, eigentlich eine Unvertrauensheit, eine Ehrenrettung, eine andere aufgefordert, dies zu tun. Das Ganze mutet wie ein Fastnachtsscherz an, aber die Proletarier, die heute hartgesottenen sind, wandern ins Zuchthaus — nicht für die Revolution, sondern um einer Clownerei entzweit sollen. Dieses ganze Gemdsch steht voraus, daß diese Proletarier, an die eine solche Zumutung gerichtet ist, das A-B-C. des Kommunismus nicht kennen. Dies ist nicht ein Appell an das Klassenbewußtsein, sondern ist ein Appell an die Dummheit der Arbeiter, die nicht wissen, was Kapitalismus und was Sozialismus ist. Und der Appell geht aus von einer Körperschaft, die sich selbst als politische Clowns entpuppt haben und die gar nicht merken, die sich aber noch darumhaut, daß sie ihr Ansehen bei der Arbeiterschaft „Mittel und Wege zeigen", über die sie sich selbst nicht die geringsten Gedanken machen, weil sie gar nicht fähig sind, sich selbst zu begreifen. Spießbürger im wahrsten Sinne des Wortes, glauben sie eine Rolle zu spielen und sind in Wirklichkeit nur Figuranten, die bestenfalls Statististen in der Mimikrotode, die die Not und das Elend gut gebrauchen können, um ein Massengeschäft zu machen.

Die Verwirrung ist wirklich groß genug,

um weitere Verwirrung anzurichten. Es wird höchste Zeit, daß das Proletariat die Geschäfte begreift, die ihm denen kommt, die durch ihren Zigeunerradikalismus weiter nichts

Gewerkschaften und Kapital

Durch WTB. wird gemeldet: In weiterer Verfolgung des der Reparationskommission unterbreiteten Planes einer Sicherung der Gold- und Devisenleistungen an die Alliierten durch Lieferungsverträge mit den entsprechenden deutschen Industrien hat heute die Reichsregierung mit Vertretern der Kohlenbergbaues und der Holzindustrie verhandelt. Die Vertreter des Kohlenbergbaues erklärten sich damit einverstanden, abstrakt zusammen mit der Reichsregierung in Verhandlungen über den Abschluß privatwirtschaftlicher Lieferungsverträge einzutreten. Als Unterhändler für den Kohlenbergbau wurden die Herren Hugo Stinnes, Peter Klöckner, Dr. Silverberg und Direktor Sälter benannt. Technische Verhandlungen über die Holzlieferungen sollen sich unmittelbar anschließen. Eine Besprechung mit den maßgebenden Vertretern der Bergarbeiterverbände und mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter ergab gleichfalls die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Arbeiterorganisationen, an der Durchführung der Lieferungsverträge mitzuwirken. Die Reichsregierung hat von diesem Ergebnis der heutigen Besprechungen ihren nach Paris zur Verhandlung mit der Reparationskommission entsandten Vertreter telegraphisch unterrichtet.

Die Steigerung der konterrevolutionären Aktivität der Gewerkschaften ist natürlich begründet in der furchtbaren Lage, in der sich das Kapital befindet. Steigendes Elend und fortschreitende, auf die höchste Spitze getriebene Ausmerzung des Gesamtproletariats bringt einen großen Gährungsstoff in sich. Man kann besonders die Brutalität der Gewerkschaften sehr wohl begreifen, die eben stehen und fallen mit dem Kapital. Die Bedingungen und Garantien der Gewerkschaften hält das Kapital für so sicher, daß es sich zu weitgehenden Konzessionen verpflichten kann. Der Zakt ist geschlossen, jetzt gilt es, die Proletarier, die schon rebellisch werden, mit Gewalt in die Gewerkschaften hineinzuzwingen. Die Hilfe des Kapitals und seines Staates ist sicher. Die Arbeiterklasse kann nur zu einem willigen Ausbeutungsobjekt werden, wenn sie in den Gewerkschaften durch eisernen Zwang gehalten wird. Für die sichere Existenz der Gewerkschaftsbürokratie die dieselbe genießt, verlangt das Kapital eben eine entsprechende Gegenleistung. Aber auch die Gewerkschaftsführer müssen mit Gewalt die Massenfluchtbewegung, die einsetzt. Dafür spricht folgendes Schanddokument, ein Rundschreiben, das der „Kampfruf", das Organ der AAU., veröffentlichte.

„An die Mitglieder der Zentral-Gewerkschaften aller Richtungen.

Die unterzeichneten Organisationen haben erneut in einer gemeinschaftlichen Sitzung zu der Frage der Unorganisierten Stellung genommen. Die Mitglieder der Zentralgewerkschaften haben in Ergänzung des ersten Aufrufs weiterhin noch folgenden Richtlinien zu arbeiten:

Der Kampf gegen die Unorganisierten, soweit sie organisationsfähig sind, muß mit aller Schärfe weiter geführt werden.

Alle Unorganisierten, seien auch alle diejenigen, die nicht Mitglieder einer Zentralorganisation sind, wie z. B. die Mitglieder der gelben Werkvereine, der Gelbstirkerner und der

Allgemeinen Arbeiter-Union

usw. Organisationsfrei sind z. B. diejenigen, die auf Grund hohen Alters oder Invalidität eine ganz untergeordnete Rolle im Produktionsprozeß spielen. Organisationsfähig dagegen, die aus der einen oder anderen Zentralgewerkschaft ausgeschlossen sind und bei anderen Betrieben, die noch heute wegen ihres Verhaltens im Interessen der Betriebsrat schädigen und zu schädigen versuchen. Wer bei keiner Organisation anschließen braucht, darüber entscheiden die Hauptleute der einzelnen Betriebe in Gemeinschaft mit der in Frage kommenden Zentralorganisation. Als äußerster Termin für die Unorganisierten, sich zu organisieren, ist der 1. September festgesetzt.

Wer an diesem Tage sich nicht der einen oder anderen Zentralorganisation angeschlossen hat, hat mit dem Widerstand seitens der Betriebsrat zu rechnen, indem sich die Mitglieder der Zentralgewerkschaften weigern werden, mit den Unorganisierten zusammenzuarbeiten.

Nach dem 1. September werden die Unorganisierten nur noch unter gewissen Ausnahmen unter bestimmten Bedingungen aufgenommen. Je nach Lage der Sache werden alle Proletarier, die sich weiterhin unorganisiert gegen die Unorganisierten auch noch weitere Maßnahmen ergreifen.

Um festzustellen, wer am 1. September 1922 noch unorganisiert ist, findet in allen Werken der Hütten- und Metallindustrie am Schluß des Monats August abermals eine gemeinschaftliche Büchertrennung statt. Die Namen der Unorganisierten sind alsdann bis drei Gewerkschaftsrichtungen schriftlich mitzuteilen.

Die freigewerkschaftlichen Verbände, Christlichen Verbände, Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine."

Um dies Ziel zu erreichen, um die Proletarier in den Betrieben gegeneinander zu hetzen, ist eine systematische Kampagne in der Presse der drei Richtungen, sowohl als auch in den Gewerkschaftsblättern selbst eingeleitet. In Nr. 34 der „Metallarbeiterzeitung" kann man in einem Artikel „organisierter Klassenkampf" folgende Weisheit lesen:

„Unorganisierte Proletarier erscheinen uns als minderwertige Menschen, die keine Pflichterfüllung kennen, als Schmarotzer, die die Errungenschaften des organisierten Klassenkampfes für sich in Anspruch nehmen, ohne auch nur das geringste dafür beizutragen."

Damit die Proletarier selbst lesen können, wie gut es ihnen geht, lassen wir aus demselben Artikel ein paar Stilblüten folgen:

„Es ist nämlich eine ebenso wahre wie erfreuliche Tatsache, daß der Klassenkampf des Proletariats ganz erheblich fortschritte zu vorgeschritten hat. Das Proletariat hat es fertig gebracht, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen weitestens zu verbessern. Es hat seine Selbstbewußtsein, in dem die gebeugte Haltung des Arbeiters zum Ausdruck kommt, ist die unsäglichste und erfreulichste Erscheinung der Gegenwart."

Den Proletariern, die also noch mehr „gehoben" werden wollen, sei empfohlen, den Kurs der Gewerkschaften weiter mitzumachen. Die Bedürfnisse mit Stinnes ist ja die beste Gewähr dafür. Gewiß führt das Kapital einen rücksichtslosen Klassenkampf, einen organisierten Klassenkampf gegen das Proletariat. Es hat während des Krieges und nach dem Kriege die aufgehört, gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen das Proletariat zu wüten.

Die neueste Gemeinheit der Gewerkschaftsführer und Unterbüttel reiht sich würdig deren Vergangenheit an. Im Bunde mit den Pfaffen und dem Großkapital führen sie — den Klassenkampf des Proletariats. Nur Großmaschinen, gerüstet mit brutalem Zynismus, kann es fertig bekommen, die verhungernden Proletarier mit ihrer „gehobenen Lage" zu verhöhnen und die Verdrängung mit dem Kapital, die Verelendung des Proletariats als „Klassenkampf" hinzustellen. In den übrigen solcher Zeitbolmen war natürlich die Spitzelarbeit während des Krieges auch „Klassenkampf".

Wie sind weit davon entfernt, der indifferenten Masse entgegenzukommen. Aber es muß einmal ausgesprochen sagen, daß etwas geändert wäre, wenn dieselbe gewaltsam in eine Organisation gepreßt würde. Die Gewerkschaften haben jetzt in vielen die fette Nutzung, daß sie konterrevolutionären Zwecke sind eben keine Lohnkämpfer zu kommen und zu gewinnen. Das Kampfproletariat ist die „Seele der Konterrevolution", sagte Karl Marx einmal, sie sind auch die besten Stützen der Gewerkschaften.

Die Zuspitzung der Krise, der Zwang, im eigenen Interesse den Kapitalismus zu retten, diktiert auch den Gewerkschaften Vorgehensmaßnahmen. Aber sie haben das Gute, daß die Gewerkschaften sich selbst gründlich entlarven. Die Allgemeine Arbeiterunion und die KAPD. als die Organisationen des revolutionären Klassenkampfes rechnen es sich zur Ehre an, der Todfeind jener konterrevolutionären Wachtmeisterdepots zu sein. Der Versuch, das Proletariat in den Betrieben gegeneinander zu hetzen, wird scheitern. Das revolutionäre Proletariat hat die Fahne des Klassenkampfes nicht im Stich gelassen während des Krieges, als die Herren Gewerkschaftsführer sich mitschuldig machten an dem Tod von Millionen. Es wird sich auch in der Periode der scharfen Zuspitzung der Klassengegensätze, die jetzt durch die sich verschärfende Krise entsteht, nicht betrügen lassen. Es ist eine Lebensnotwendigkeit für das Proletariat, daß es rechtzeitig begreift, daß es ein Stich ins eigene Fleisch ist, gemeinsam mit Stinnes, den Christen und den Gewerkschaften gegen das revolutionäre Proletariat vorzugehen.

werde, „angreifende Löhne zu ertrotzen.“ Sie hätten geschehend noch nicht einmal begriffen, was schon jeder Hertagsjähriger weiß, daß im Kapitalismus sich der Preis einer Ware nach der Nachfrage richtet und nicht nach den frommen Wünschen einiger Obergrößen.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse ist heute bei Strafe ihres Untergangs die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution. Die Aufgabe einer revolutionären Organisation und des revolutionären Proletariats ist heute: Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Revolution in die Hirne einzuhämmern, die Unmöglichkeit aufzuzeigen, innerhalb des Kapitals einen „Rettungsanker“ zu finden. Die Aufgabe des revolutionären Proletariats ist die rücksichtslose Bekämpfung der Konterrevolution in jeder Gestalt, nicht die „Revolutionierung“ derselben.

Klare Erkenntnis des vollständigen Bankerotts des Kapitals, grundsätzliche Scheidung von der Konterrevolution, sicherer Blick für die revolutionären Aufgaben, rücksichtsloser Kampf gegen alle diejenigen, die durch ihren Zigeunerrevisionismus jene klare Scheidung zwischen Kapitalismus und Kommunismus verschwimmen wollen, ist heute notwendiger denn je. Die Krise verschärft sich. Die vereinigte Konterrevolution schließt sich fester und fester zusammen. Die Gewerkschaften enthüllen sich immer offener und das Proletariat fängt an zu begreifen, daß die Auseinandersetzung naht. Da stehen die Berliner Betriebsräte beschämlich, schwatzend vom revolutionären Streiken — seit einem Jahre dieselben und mit einem Buche jeder der Betriebsräte und fordern das Proletariat auf, dasselbe zu tun. Die Antwort muß lauten: Die Stellung ist unhaltbar und wurde zu eben erst verlassen von der „Bannerträgerin.“ Die Nachahmung deren Gebärden war schlecht.

Vom Kampf gegen die Teuerung

In der „Roten Fahne“ kann man lesen:

Der Magistrat wird beauftragt, sofort die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen und eine ausreichende Nahrungsmittelreserve für den Winter bereitzuhalten.

Dazu ist notwendig:

1. Eine Aufforderung an die Arbeiterschaft zu richten, Kontrollausschüsse zu schaffen, um eine Verschleuderung und Zurückhaltung von Lebensmitteln bei den Erzeugern und den Händlern zu verhindern.
2. Von der Reichsregierung die sofortige Beschlagnahme der neuen Ernte zu verlangen und ihre Abgabe an die Verbraucher zu Preisen, die dem Einkommen der Arbeiter entsprechen, d. h. einen Höchstpreis von 15 Mark und einen Mindestpreis von 10 Mark pro Zentner zu fordern.
3. Die Verteilung der beschlagnahmten Lebensmittel soll in der Hauptsache durch die Filialen der Konsumgenossenschaft und durch städtische Verkaufsstellen erfolgen. Einem Ausschuß — bei von der Betriebsrätevollversammlung einzusetzen ist — wird die Ueberwachung der Preisbildung und der Gesamtverteilung übertragen.

Mit anderen Worten: Das Kapital wird aufgefordert, freiwillig die Proletarier aufzufordern ihm gefälligst das Genick umzudrehen.

Der südöstliche Hexenkessel

Wie gierige Raben umkreisen einige Großkapitalisten das Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie (Oesterreich-Ungarn: Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Istrien, Triest, Görz, Gradisca, Tirol, Vorarlberg, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, Bukowina, Dalmatien, Bosnien, Herzegowina, einige Bezirke im Banat, Ungarn, Kroatien und einige die wir vergessen haben. Ueber alle „herrsche“ autonom von Gott eingesetzt der altersschwache Franz Josef von Habsburg, ein Wertzeug in den Händen des preußischen Militarismus. Durch „Personalunion“ verbunden mit Ungarn, Kroatien, Slavonien, Siebenbürgen usw. usw. Sogar ein wirkliches Fürstentum mit einem noch lebenden Fürsten: Liechtenstein. Alle Religionen, Konfessionen, Nationen, die nur in einem Schulbesuch haben, kämpfen um diese Aas.

Das deutsche Militärkommando und die deutsche Herrschaft war nach Ansicht der nicht deutschsprechenden „Staatsbürger“ das Ideal, daß alles schief ging; die widersprechenden fremden Nationen nach Ansicht der ersteren. Heute ist das Gegenteil der Fall. Der Vertrag von St. Germain, das österreichische Verfassteil, der diese Nationen „auseinander“ riß und verteilte an Oesterreich, Italien, Serbien, Jugoslawien, Rumänien, Polen, Tschechoslowakei ist es heute.

Oesterreich

Der größte Dalles und das tiefste Elend für Proletarier ist gekitzelt in dem nunmehrigen Oesterreich, dessen „Banknote auf dem Rullpunkt steht: 80 000 Kronen = 1 Dollar. Die noch arbeitsfähigen Arbeiter und die noch brauchbaren Maschinen und Gebäude sind verkauft an einige Großkapitalisten: Schinnak, Lanckoroni, K. G. G. u. a. Die zu Staatsmännern avancierten Gewerkschaftsbeamten und sozialdemokratischen Emporkömmlinge sind die Konkursverwalter und Totengräber dieser Kapitalisten. Einige reisen in der Welt herum und kaufen für ein Pfund ein bißchen Kredit, um das Mitleid zu erwecken. Andere blieben zu Hause und versuchten die aufgeredete Masse an die ankommenden Geschäftsreisenden fremder Kapitalisten. Andere, übergewandte Schreiber wohlfeilsten in der Presse aller Länder Artikel, in denen den Kapitalisten plausibel gemacht wird, welche Schuhe noch zu haben sind, wenn man die Proletarier noch einige Zeit durchfüttert. Sogar der „Sozialismus“ wird zum Kauf angeboten. Der Artikel in Nr. 398 des „Kovoletrik“ vom 30. August schreibt der Sozialdemokrat Ellenbogen:

„Aber schon die Geringschätzung ist unberechtigt, weil der die heroischen Bemühungen der Oesterreicher, ihre Wirtschaft in Ordnung zu bringen, behandelt werden, der vielfältige Ausbau der Wasserkräfte (darunter Riesenwerke wie Obersiler See) der mit äußerst eigenen Mitteln erfolgt, die Steigerung der Produktion in den Kohlenbergwerken über das Friedensmaß hinaus usw. Buchhäuslich wustergültig jedoch sind die österreichischen Arbeiter auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft, wahrhaftig deren, weil sonst in allen Ländern, wenn man die paar gildensozialistischen Versuche in England und Deutschland ausnimmt, die Sozialisierungsbestrebungen ausnahmslos Schiffbruch erlitten haben.

In der Zeit der Koalitionsregierung wurde dazu die Grundlage in den Sozialisierungsgesetzen, der allein in dem Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, geschaffen, und sie gehören mit zu den wertvollsten Errungenschaften der Revolution, die denn auch von der Arbeiterschaft mit Eifersucht geschützt werden.“

Ellenbogen zählt dann auf, wieviel Millionen Dividenden dieser Sozialismus, der „buchhäuslich wustergültigen wertvollsten Errungenschaft der Revolution“ an die Kapitalisten jetzt bereits hat. Die „gemeinwirtschaftlichen“ Eisenwerke Donau und Oberösterreich zahlen 2 Millionen, die Zementfabrik (!) 5,4 Millionen, die österreichischen Fahrzeugwerke 2,2 Millionen, die Wäsche- und Bettfedernfabrik 3,4, 3,4 Millionen, die Oesterreichische Werft 5,5 Millionen. „Die Oewa allein bewirkt unbestreitbar die Transsubstantiierung der sozialistischen Produktion.“ (!) Das wird gewiß eine eigentümliche „sozialistische Produktion“ sein, die so enormäßige Profite an die Kapitalisten verteilt und an die sozialdemokratischen Stiftentreiber.

Und was ersten die Proletarier aus dieser „buchhäuslich wustergültigen Errungenschaft der Revolution“? In derselben Zeit klagt die sozialdemokratische „Volkszeitung“ in Innsbruck über das gewaltige Leid des Volkes. „Massen“ (lies: Proletariat); es seien zu viel Menschen in Oesterreich, trotzdem schon Zehntausende Hunger gestorben seien. Der Proletarier verdient 60 000 Kronen die Woche und das Kilo Fleisch kostet 32 000 Kronen, ein Kilo Speck 48 000, ein Brot 6000, ein Pfund Butter 20 000. Nach der „Wiener Roten Fahne“ sind die Löhne (im Sozialismus!) in letzter Zeit um 124 Prozent gestiegen und die Lebensmittel um 235 Prozent. Trotzdem die Lohnerhöhung erfaßt sind! Es wird in der Tat immer begreiflicher, daß sich die deutschen Gewerkschaften mit dem Kapital verbänden, um den „Sozialismus“ nach österreichischem Muster zu verwirklichen.

Tschechoslowakei

Der wichtigste Teil der einstigen k. u. k. Monarchie, die Tschechoslowakei, das frühere Böhmen, an der geographischen Grenze Oesterreichs, folgt diesem wirtschaftlich mit Riesenschritten. Während die österreichische Krone ihren Totenlauf beendigt hat und das Land am „Sozialismus“ und an der „Valuta“ verendet, findet die Tschechoslowakei an der hohen Valuta. Alle Wirtschaftsstatistiker, die das tschechische Experiment zur Nachahmung empfohlen, sind lustig geworden.

Nach Kriegsende mit Oesterreich in der Valuta gleich, hing diese in demselben Maße hinter ihr wie eine Katze. Die kapitalistischen Wirtschaftstheoretiker, die nur die Oberfläche sehen und die Manipulationen irgendwischer durch die geschichtlichen Triebkräfte an die Oberfläche in die Staatskämmer gewirbelter Personen, sehen die zwangsmäßigen Handlungen dieser Personen als die Ursachen geschichtlichen Werdens an. Die Gewinnung der tschechischen Valuta führte man zurück auf die Lostrennung von der österreichischen, auf die Zusammenlegung und Abstempelung der Noten und sonstige durch die Wirtschaft bedingten Vorschläge und Handlungen regierender Personen. In Wirklichkeit war die Ursache rein ökonomischer Natur. Durch den „Friedensvertrag“ von St. Germain wurde der Industrie alle möglichen Vorteile eingeräumt, seine Zahlen aufgetrieben, aber alle nur denkbaren Unterstützungen zuteil. Anleihen und Beteiligung an Industriewerten, Absatzbeschaffung usw. Vor allen Dingen hat das Land große Rohstoffquellen, auf welche die Rohstoffländer angewiesen waren. Das brachte Gold ins Land, die alte Deckung des Notenumlaufes in den Staatskassen lagern. Und wenn die Noten jeder Zeit in Gold eingelöst werden können, sinken sie auch dann noch nicht, wenn die Proletarier alle Hungers sterben.

Jeder
klassenbewußte Arbeiter
liest und verbreitet die
Kommunist. Arbeiterzeitung
Verlag: Landsberger Straße 6.

In demselben Maße mit der tschechischen Krone stieg, sank aber die Ausbeutung der Proletarier. Die Kaufkraft Europas, solange die tschechischen Proletarier für Rüstungen schufteten, hatten sie Arbeit und hungerten. Mit der steigenden Valuta stiegen wohl die Profite der Kapitalisten (mit der sinkenden stiegen sie auch) nicht aber die Kaufkraft der Löhne. Die Löhne erhöhten sich wohl bedeutend, am Goldwert gemessen. Die Lebensmittelpreise wurden aber den Löhnen auf dem Fuße angepaßt, so daß der Proletarier bei Goldhöhen mehr darbte als bei der Papierwirtschaft. Die Kaufkraft Europas ist so verarmt, daß der Absatz der Produkte im Auslande unmöglich wurde. Das kleine, nur wenige Millionen Einwohner zählende Land hat heute über 600 000 Arbeitslose. Die Betriebseinstellungen, -einschränkungen, Arbeitskürzungen usw. haben Millionen Kommunisten geschaffen, sie in Rahmen eines Artikels nicht mehr registriert werden können. Der Kapitalismus schwimmt im Gold und schwelgt und prahlt, und das Proletariat verhungert buchstäblich im Gelde. Durch die winzigste Publikation, durch die winzige Wert steigen natürlich die Preise und der Profit. Die schreckenerregende Arbeitslosigkeit erzeugt billige Lohnsklaven und gestattet Lohndrückung und Arbeitsverlängerung. Bergarbeiter großer Revieren haben den Achtstundentag Arbeitslos. Das Kapital geht auf der ganzen Linie mit Lohnreduktionen und Arbeitszeitverlängerungen vor. Gewerkschaften und Sozialdemokratie stehen natürlich auf Seite des Kapitals. Ihnen ist es in erster Linie zu danken, daß das Proletariat verhältnismäßig leicht niederzuhalten und niederzuhalten konnte. Die Arbeiterschaft rüstet wohl zum Abwehrkampf, doch vermag sie nicht zu erkennen, daß sie in den Gewerkschaften gefesselt ist. Große Massen, in ganze Gewerkschaften, sind wohl unzufrieden. Die Ursachen sehen sie indes in den Führern, nicht im System. Die Kohlenkulturen bestehen heute noch im Bestehen. Ganze Gewerkschaften haben sich „kommunistische“ Führer zugelegt. Der Gewerkschaftsapparat ist gebildet und ein neuer „kommunistischer“ Konkurrent ist erstanden. Der gegenseitige Kampf der Proletarier untereinander hemmt alle Kräfte zur Freude des Kapitals und der Gewerkschaften.

Der „Sozialdemokrat“, das Zentralorgan der „deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, klagt in einem langen Artikel über die Not der Proletarier. Die Löhne der Arbeitenden betrugen nicht viel mehr als die Unterstützungssätze der Arbeitslosen. U. a. sagt das Blatt:

„Die Zahl der Arbeitslosen klagt ein so gewaltiges, ein solch erschütterndes Lied des Elends und der Not, wie es in diesem Lande bisher ungeahnt und erspart war.“

Trotz der 600 000 Arbeitslosen weiß die Sozialdemokratie als Mittel zur Abhilfe nur: Arbeitszeitverlängerung!

Polen

Der dritte Teil des früheren Oesterreich, ein großer Teil des heutigen Polen ist nicht viel anders dran als Oesterreich. Polen taumelt auf einer Reise in die andere. Die Arbeiterschaft kommt und der Unruhe nicht herum. Nicht nur die Zersplitterung in Gewerkschaften und Parteigruppierungen hat das Proletariat. Der Nationalitätenkampf ist Waffen auf die Mühlen sowohl des Kapitals wie der Gewerkschaften. Mit unendlich vielen Abstimmungen anläßlich der Abtrennungen von den „Mutterländern“ und einer Reihe Parlamentsmandaten ist es sozialdemokratischen Parteien immer noch gelungen, die Proletarier in Aufregung zu halten und gegeneinander zu hetzen. Neben polnischen Berufsvereinigungen und der „nationalen“ Arbeiterpartei existieren noch die P. P. S. (Polnische sozialdemokratische Partei), die deutsche sozialdemokratische Partei, die polnische und deutsche Gewerkschaften, die neben den „freien“ in Deutschland auch bestehen. Daß die Kräfte des Proletariats in diesem Chaos in gegenseitigen Kämpfen aufgezehrt werden, ist eigentlich selbstverständlich. Dazu kommt noch, daß Radikal und die mit ihm verbundenen „Führer“ die alle die vielen „Arbeiter“organisationen vertreten. Die P. P. S. ist aus der 2. Internationale ausgetreten und von der 2½. aus Solidarität mit der 2. nicht aufgenommen worden. Die P. P. S. hat den weiten Anhang bis fast nationalistisch. Vor irgendo einer Opposition gegen das Kapital ist bei ihr ebenso wenig die Rede wie bei den anderen. Polen ist „niedervalutarisch“ und das Elend des Proletariats steht dem Oesterreichs und der Tschechoslowakei nicht viel nach, obwohl es in der Hauptsache Agrarland ist und die Industrie wie der Staat von Frankreich alle nur möglichen Bevorzugungen genießen. Die einstigen deutschen Wilhelmsfreunde und Uebernationalisten, die Fürst Pleß, Hendel von Donnersmarck, Graf Schaffgotsch usw. sind heute eben so gute polnische Nationalisten.

Ungarn

Die grausamsten Martern, die je einer Klasse auferlegt wurden, hatte wohl das ungarische Proletariat zu tragen unter dem Rotzjunker Horthy. Heute trabelt es trotz aller Unterdrückungen an allen Enden des Landes. Etwas ein Dutzend größere und unendlich viele Kleinstreiks sind in Gange. Trotz der fabelhaften Unterdrückung rüttelt sich das Proletariat auf. Es vermag aber noch nicht zu erkennen, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten der größte Feind sind als das Kapital und das Hortysystem zusammen. Diese Bande, die das Proletariat verriet, als Horty kam, hat noch heute mit diesem und dem Kapital gegen das Proletariat.

Die Aasgeier

Nicht nur die Stinnes und A. E. G. und Konsorten „helfen“ Oesterreich, auch Italien, Tschechoslowakei und Ungarn erheben Erbansprüche auf die Aasfressenden Proletariat in Oesterreich. Da der österreichische Kadaver zu zerbröckelnd ist, um geteilt zu werden, beanspruscht ihn jeder für sich. Die wollen alle „das österreichische Problem lösen“. Horty-Ungarn verlangt sich das Proletariat noch näher anzusehen. Denn Horty ist ja gut bekannt. Wahrscheinlich würden sie lieber für ihr liebes Vaterland verhungern, als von Horty massatriert zu werden. Deshalb wartet Horty nur Italiens Maßnahmen ab, um sich auf seine Seite zu schlagen. Kindischerweise rüstet es und sammelt Truppen an der österreichischen Grenze an. Nicht als Freund versteht sich, sondern um Oesterreich zusammen mit Italien zu „helfen“.

Die Tschechoslowakei und Jugoslawien mobilisieren ebenfalls und helfen Oesterreich von der dritten und vierten Seite mit Truppen. Diese Rüstungen (im Auftrage und unter aktiver Beihilfe Frankreichs) richten sich gegen Italien. Italien hält Oesterreich von der vierten Seite militärisch besetzt. Mit ihm unterschrieb Oesterreich über eine Milliarde Zahlungen. Auf Seite des italienischen und ungarischen Bandentums steht selbstverständlich die deutsch-bayerische Orgesch.

In allen diesen Ländern ist das Proletariat buchstäblich in Untergang in die Barbarei begriffen und das Kapital prahlt und schwelgt nicht nur, sondern leistet sich noch kostspielige Rüstungen. Die ganze Brut wird nur auseinanderfetzt werden können, wenn das deutsche Proletariat aufsteht und seine Unterdrücker an die Wand drückt. Nur dadurch wird der internationale Proletariat gezwungen, um sein blutgetränktes Kommandotuch Horty zu werfen, aufzustehen und den Hexenkessel umzustülpen.

Mitteilungen

An alle Bezirke und Ortsgruppen

In Nummer 62 der „KAZ.“ wurde irrtümlich berichtet, daß die „KAZ.“ von Nummer 62 an mit sieben Mark erscheinen würde. Wir stellen dies hiermit richtig. Der erhöhte Preis gilt erst von Nummer 63 ab.

Genossen!

Dadurch, daß neben der allgemeinen Erhöhung noch die Erhöhung des Papierpreises kam — wir hatten einigen Vorrat — ist die „KAZ.“ in eine äußerst schwierige Lage gekommen. Die Erhöhung der Tageszeitungen beträgt jetzt bis zu 200%. Viele Zeitungen stehen vor dem Bankerott. Wir mußten deshalb die Erhöhung vornehmen. Laßt eure Zeitung nicht im Stich. Sie ist der einzige Wegweiser der revolutionären Proletariats.

Bezirksleiter-Sitzung

am Montag, den 4. September 1922, abends 7 Uhr in der Sitzungsstube.

8. Bezirk. Am Dienstag, den 5. September 1922, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal von Schwarzkopf, Fontanestraße 19. Da eine wichtige Tagesordnung, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. Die Bezirksleitung.

KAJ. Gruppe Norden. Am Mittwoch, den 6. September 1922, Mitgliederversammlung in der Schule Sonnenburger Straße. Jeder Genosse muß erscheinen.

Genossen! Sammelt für den
Pressefonds!

Rote Jugend Nr. 8
Kampforgan der kommunistischen Arbeiter-Jugend
Neu erschienen
Aus dem Inhalt: Hoch die Fahnen der Revolution! — Der Untergang in der Barbarei! — Moskauer Karneval u. a. m.
Preis 3,00 Mark
Zu beziehen durch alle Gruppen der KAJ. sowie von Verlag „Rote Jugend“, Berlin NO 18, Landsberger Str. 6.
Genossen, verbreitet die „Rote Jugend“ in Massen.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Ehrlich, Berlin. — Verlag: Verlag „Rote Fahne“ Berlin. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Schubert, Charlottenburg, Berlin S 42, Dresdnerstraße 130.

3. Jahrg. Nr. 64. Preis 7,50 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 6 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 400 29

Abonnementspreis für Groß-Berlin 70. Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 90.— M. monatlich, nach dem Ausland 180.— M. monatlich.

Parolen

„Es ist das Wesen des Opportunismus, daß er bisweilen an radikalen Reden alles zu überbieten sucht.“ Wer diese Worte von Anton Pannekoek heute liest, und die Politik der KPD. und der 3. Internationale verfolgt, wird diese Wahrheit nicht nur bestätigt finden, sondern finden, daß diese auf die Spitze getriebene Politik der Grundsätzlichkeit heute die einzige Möglichkeit ist, die Proletarermassen vor einer nützlichen Aktionlist zurückzuhalten. Im entscheidenden Augenblick wird diese Politik zum Verbrechen am Proletariat. Die Worte Trotzkij's: „daß die Märzaktion ein Verbrechen am deutschen Proletariat war“, haben — vom parlamentarischen Gesichtspunkt gesehen — sehr wohl einen Sinn. Ein in der Weltgeschichte noch nie dagewesenes Verbrechen am westeuropäischen Proletariat ist deshalb gerade die Politik der 3. Internationale, die durch eine verbrecherische Parolenpolitik die Revolution zu hemmen trachtet, die nun einmal nicht zu hemmen ist. Die 3. Internationale, die den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rußlands Rechnung tragen muß, will zu gleicher Zeit das Proletariat in Schach halten. Sie will den Widerspruch, der zwischen den Entwicklungsmöglichkeiten der russischen Wirtschaft und den bei Strafe ihres Untergangs zu lösenden Aufgaben der westeuropäischen Arbeiterklasse besteht, überwinden. Eine Ueberwindung ist jedoch nur möglich, wenn die Revolution in ihrem Fortgang gehemmt wird, und eine entschiedene Hemmung der Revolution ist nur möglich, wenn im Proletariat selbst die klare Erkenntnis von den Aufgaben seiner Klasse ausgerottet wird. Da die treibenden Kräfte der Revolution jedoch nicht die „guten Führer“ sind, sondern wirtschaftliche und gesellschaftliche Gewalten, muß Unklarheit und Verwirrung sich bitter rächen, in dem Moment, wo die von Natur feindlichen Klassen: die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse, gegeneinander geraten. Die Aufgabe einer revolutionären Partei kann deshalb nur sein: die Entwicklungsgesetze klarzulegen, das Wesen des Kapitalismus zu analysieren und dem Proletariat die Unvermeidlichkeit der Revolution zum Bewußtsein zu bringen. Nur klare Erkenntnis kann dem Proletariat die Kraft und die Begeisterung für die Vollbringung seiner historischen Aufgabe verleihen. Gelänge die Idee der proletarischen Revolution in die Massen, die Revolution ist nicht zu umgehen mit der Revolution. Die Idee der Revolution wird jedoch nur gefördert, wenn dem Proletariat in der Periode des kapitalistischen Zerfalls die Notwendigkeit und die Ursachen des Zerfalls vor Augen geführt werden. Eine Partei, die um Zuwachs zu bekommen, auf die Illusionen des Proletariats spekuliert, verhindert Vorbereitungen erweckt und die Fahne des nationalsozialistischen Kommunismus hochhält, ist zwar imstande, die Massen zu verführen, aber sie kann das Proletariat aktionsunfähig machen, ihm den Blick trüben, und dadurch die Niederlagen zu Niederlagen führen. Eine Partei, die von den Illusionen der Arbeiterklasse lebt, lebt von deren Niederlagen. Die 3. Internationale kann nur um den Preis der fortgesetzten Niederlagen des europäischen Proletariats leben. Rußland kann sich auf der zunehmenden gegebenen Grundlage nur entwickeln, wenn der kapitalistische Wiederaufbau der Welt und damit die Niederlage der Revolution gegeben ist. Die russische Regierung kann nicht den Kommunismus wollen, und deshalb keine prinzipielle kommunistische Propaganda treiben.

Zwei Faktoren sind es in der Hauptsache, die eine solche Politik in Deutschland noch ermöglichen. Einmal die in der deutschen Arbeiterklasse vorhandene bürgerliche Tradition, das ihr gestiegene deutsche Kapitalkredit, den Rußland in den Augen der deutschen Arbeitermassen noch besitzt, und den die 3. Internationale ausnützt für ihre konterrevolutionären Zwecke. Die Parolen von Rußland werden vom deutschen Proletariat immer noch hingenommen als Lehren der russischen Revolution. Die revolutionäre Vergangenheit der Deschwitz genießt vielen deutschen Proletariern, ihnen das Vertrauen zu schenken, welches mehr, als der Autoritätsglaube noch vorhanden ist, bei von den „Führern“ alles, von sich selbst nichts erwartet. Selbst die in der KPD. organisierten Proletarier kriechen gern unter die „Disziplin“ und fühlen sich sehr wohl unter der von jeher gewohnten Fuchtel des preußischen Kadavergehorsams.

Nun von diesem Gesichtspunkt aus ist die Politik der 3. Internationale zu begreifen, die jetzt hauptsächlich in Deutschland ihren Ausdruck findet und die geeignet ist, den letzten Rest von Klassenbewußtsein vollständig auszurotten.

Die auf die höchste Spitze getriebene Bereinbung der mittleuropäischen Arbeiterklasse muß über kurz oder lang zu Zusammenstößen mit der feindlichen Klasse führen. Die Krise des Kapitals steigert das Elend fortwährend und ins Ungeheuerliche. Die proletarischen Massen kommen in Bewegung, und wie die gewaltige Zerrüttung der Wirtschaft in allen Wahrheit und das Herz der Angebeuteten zur Rebellion bringen. Noch gelingt es, das Proletariat in den konterrevolutionären Organisationen zu kasernieren und so die Einheit zwischen Kapital und Arbeit aufrecht zu erhalten.

Es gelingt besonders, weil das Proletariat wohl den Glauben an die Organisationen, aber nicht den Glauben an das Kapital verloren hat. Die Arbeiterklasse hat noch nicht erkannt, daß eine Rettung innerhalb des Kapitals nicht möglich ist.

Dies allein ist der springende Punkt proletarisch-kommunistischer Politik. Aber liegt das verderbliche der Parolenpolitik der KPD. Während die Gewerkschaften mit USP. und SPD. alles aufbieten, um das Proletariat für den kapitalistischen Wiederaufbau geeignet zu machen, führt die KPD. jeden Tag mit einem Bündel Forderungen auf. Anstatt dem Proletariat aufzuzeigen, daß eine Rettung nicht möglich ist, bedient sie sich der Illusionen des Proletariat darin, daß die ganze Frage des Kapitalismus und Kommunismus eine Frage von „Gut“ und „Böse“ sei, daß die Kapitalisten die „gerechten“ Forderungen bewilligen müßten. Die so aufgestellten Forderungen werden dann in die Gewerkschaften getragen, von denen man jetzt Übergang ist, daß sie diese garnicht können. Mit großem Geschrei wird ein „Betriebsrätekongreß“ einberufen, der wieder einen Haufen Forderungen aufstellt und das Proletariat zur „Selbsthilfe“ auffordert und die Partei auszieht, „Kontrollausschüsse“ zu wählen. Die „Kontrollkommission“ dieser Körperschaft legt sich dann zu den politischen „Mitarbeitern“ und unterzeichnet die Bilanzen. Die Forderungen werden nun jetzt Übergang ist, daß Kapitalismus aufgehoben, weil sie Nur sind so gemacht werden. Weil die Regierungen, die kapitalistischen Staaten nun nicht kommen gesagt sind, ihre eigenen Bankerotte

daß das Moratoriumsgesuch in Paris glatt abgelehnt bezw. die Forderung der „produktiven Pfänder“ Poincares aufrechterhalten werden. In ihrer verzweifelten Lage, um die „Republik zu retten“, das heißt, das Kapital vor einem gewaltsamen Eingriff der französischen Bourgeoisie zu schützen, verkauften sie das Proletariat mit Haut und Haaren an Stinnes, der auf diese Gelegenheit seit langem lauerte. In ihrer Verzweiflung nahmen die Gewerkschaften die Verpflichtung gern auf sich, „in diesem Sinne zu wirken“.

Die Gewerkschaften mußten jedoch, wenn sie dem Proletariat den Inhalt der Verhandlungen enthüllten, mit der „Gefahr für das Vaterland“ operieren können. Sie rechneten auf eine glatte Ablehnung des Moratoriumsgesuches von Seiten Frankreichs. In ihrer eigenen Niederschlagung ist es dazu nicht gekommen. Die Regierung hat eine „Atempause“ von vier Monaten erhalten und hofft, daß sie bis dahin mit Hilfe von England die Raubgier des französischen Imperialismus dämpfen könne.

Das deutsche Industriekapital ging jedoch, nachdem es die gewerkschaftlichen Garantien in der Tasche hatte, sofort ans Werk. Die Presse der Schwerindustrie plauderte rücksichtslos den Inhalt der Vereinbarungen aus, die hinter verschlossenen Türen mit den Gewerkschaften getroffen wurden. Die Gewerkschaften versuchten, sich über den Wiederspruchs, weil sie in der höchsten Gefahr, die „letzte Rettung“ nicht verscherzen wollten, und überhingen sich jetzt aus Wut über den Verrat Stinnes'. Sie hatten mit diesem Vertrag in der Tasche zu keine Beschäfte machen können, wo von Seiten der Gewerkschaften eine solche Entlarvung garnicht nötig gewesen wäre.

Das deutsche Proletariat sieht hier jedoch klar und deutlich, wohin der Weg führt. Der Streik und die Wut betrogener Betrüger hat für das Proletariat nur insofern Interesse, daß das Proletariat als ein Schlachtvieh benutzt wird von den Hyänen des kapitalistischen Wiederaufbaues. Der Widerspruch von den Gewerkschaften und dem Kapital entgegenstehen, ihr nun zu Gunsten um die Herrschaft über das Proletariat. Die Gewerkschaften werden keinen Augenblick zögern, ihre Lohnsklaven bedingungslos auszuliefern. Sie glauben aber das Proletariat nochmal verführen zu können mit ihrem „Kampf“, um den Kredit unter dem Proletariat nicht schon vor dem Moment der „höchsten Gefahr“ zu verlieren.

Was dem Proletariat von der demokratischen Republik droht, wird es, sollte es dies noch nicht glauben, sehr bald erfahren. Der Weg, den die Republik geht, geht proletarische in die alles zermalmenden Arme des Weltkapitals. Macht sich das Proletariat nicht rechtzeitig frei von der Umklammerung der gewerkschaftlichen und demokratischen Bumpen, so wird es in dem Moment, wo es als letztes Opfer auf den „Altar des Vaterlandes“ gelegt wird, als das Opferlamm der Gewerkschaften, nicht mehr die Kraft aufbringen, sich gegen den Tod zu wehren. Die Parole der klassenbewußten Proletariate lautet deshalb: Nieder mit dem kapitalistischen Wiederaufbau überhaupt. Der Reitungsanker für die Arbeiterklasse ist der Zusammenschluß in den Betrieben nach den Grundsätzen der KAPD. und Allgemeinen Arbeiterunion: Uebernahme der Produktion durch das Proletariat mit Hilfe seiner Diktatur. Nur wenn das Proletariat mit bürgerlichen Ordnung eine neue Welt aufbaut, und dem Weltproletariat ein Zeichen der befreienden Tat gibt, beschreitet es den Weg zum Aufstieg. Aber die Arbeiterklasse muß sich darüber klar werden, daß in diesem Kampfe die ganze gewerkschaftliche und demokratische Meute jenseits der Barrikaden steht.

Die Verschacherung des deutschen Proletariats

Der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ meldet aus Paris:

Die treibenden Bewegungsräume, die der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ des Notizen des Herrn Stinnes zu einer von dieser Seite unerwarteten Vorwegnahme einer deutsch-französischen Annäherung zunächst auf dem Wege der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Verlautbarung gegeben haben, werden erschöpfend aus einer Mitteilung der französischen Presse über

einen Lieferungsvertrag großen Stiles, den Stinnes mit dem Generalverband der Wiederaufbaugenossenschaften der zerstörten Gebiete abgeschlossen hat.

Die Verhandlungen darüber sind zwischen Stinnes selbst und dem Vorsitzenden des Verbandes, dem Senator Lubersac, geführt worden, der darüber im „Echo de Paris“ einige interessante Mitteilungen macht. Der Verband zählt 190000 geschädigte Hausbesitzer zu seinen Mitgliedern, deren Sachverständigenforderungen einen Gesamtwert von etwa 15 Milliarden Franken repräsentieren. Angesichts des niemals erfüllten Versprechens der Regierung sei der Verband zu dem Entschluß gekommen, die Wiederherstellung seiner Häuser selbst in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke in Gemäßheit der ihm nach dem Wiesbadener Abkommen zustehenden Rechte mit der deutschen Industrie gemeinsame Lieferungen zu organisieren und Verbindung zu treten, zu Zwecke Ziegel, Kalk, Sandsteine, Schiefer, Gerüste, Eisenbeschläge und Holzarbeiten. Herr Lubersac habe direkt zu Stinnes, um mit ihm zu verhandeln. Der Vertrag, der am 15. August zustande gekommen ist, wird mit folgenden Sätzen eingeleitet: „In einer Besprechung, die heute zwischen Herrn Lubersac und Herrn Stinnes stattgefunden hat, hat Lubersac betont, welche Wirkung es für die Gesinnung der deutsch-französischen Beziehungen haben könnte, wenn Deutschland wirklich tätigen Anteil an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nehmen würde. Herr Stinnes hat mit voller Billigung des Staatsministers des Herrn Lubersac und in der Absicht, an diesem Wiederaufbau teilzunehmen, mit Herrn Lubersac folgendes vereinbart: Herr Stinnes hat sich verpflichtet, dem Generalverband der Wiederaufbaugenossenschaften alles von ihm gewünschte Material zu liefern. Lubersac, der sofort nach seiner Rückkehr die französische Regierung von dieser Vereinbarung in Kenntnis gesetzt hat, wird den Generalverband der Wiederaufbaugenossenschaften veranlassen, sofort ein eigenes Organ zur Durchführung der Lieferungen zu schaffen.“

Ob dieser Entente überhaupt sich die demokratischen und „sozialistischen“ Zeitungen ohne moralischer Entrüstung. Der „Sozialistische Parlamentsdienst“ fragt an, ob Stinnes von der Regierung ein Monopol der bezeichneten Art an den Verband der Wiederaufbau-Genossenschaft erworben hat, und für diese Vermittlung 6 Prozent bezieht. An Stinnes selbst wird die Anfrage gerichtet, ob die in der D. A. Z. betriebene Hetze gegen Frankreich sich vereinbaren lasse mit seiner privaten Geschäftspolitik.

Diese Naivität ist eben so ernsten wie die Niederschlagung die hier ob der Pläne der deutschen Schwerindustrie gezeichnet sind. Bei den entscheidenden Verhandlungen mit der Reparationskommission mußten diesselben Blätter „Niederzeichnung der Industrieleute, mit den Gewerkschaften“. Die Industrieleute kommen „nur auf die höchst Kommunistischen Vorschläge“ zu sprechen, die die Aufforderung der Gewerkschaftsleitungen in der Tasche hatten, daß dieselben sich bei der Arbeiterschaft einsetzen würden für das „große Werk“.

Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß der französische Imperialismus nicht ganz ohne den Widerstand Englands operieren konnte. Die Gewerkschaften waren darauf gefaßt,

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner